

Kapitel D: Sozio-politische Orientierungen und Rechtsextremismus

1. Problemstellung

Warum entwickeln bzw. übernehmen Menschen rechtsextremes Gedankengut? Wie in Kapitel A 2.2.5 dargelegt, gehen wir von folgender Annahme aus: Die Individuen sind in ihrer arbeits- und lebensweltlichen Existenz vielfältigen, oft heftigen sozialen und ökonomischen Bedrohungen ausgesetzt, die Ängste verursachen und mental verarbeitet werden müssen. Dazu entwickeln sie im Verlauf ihres Sozialisationsprozesses auf der Grundlage von spezifischen Charaktermerkmalen spezielle Persönlichkeitseigenschaften. Personen mit Ich-schwachem Charakter *können* diese Ängste durch die Ausprägung von Persönlichkeitseigenschaften wie autoritäre Unterwürfigkeit bzw. autoritäre Aggression, Konventionalismus, Dogmatismus, Rigidität etc. bewältigen. Für derartige Persönlichkeitseigenschaften *kann* Rechtsextremismus funktional sein, weil er Orientierungshilfe, Identitätsbildung, Sinnstiftung, persönliche Anerkennung und Aufwertung, Schutz, Risikobewältigung und Privilegiensicherung verspricht.

Im Einzelnen haben wir es mit vier Ursachenbündeln zu tun: **Charaktermerkmalen, Persönlichkeitseigenschaften**, in Folge von gesellschaftlichen Umbrüchen, sozialem Wandel oder Modernisierungen entstandenen und von den Individuen zu bewältigenden **Problemen** sowie Elementen der **Politischen Kultur**. Wir vermuten, dass die durch Charaktermerkmale vorstrukturierten und durch die zu bewältigenden Problemlagen geprägten Persönlichkeitseigenschaften die zentralen Prädiktoren für Rechtsextremismus darstellen und dass die Politische Kultur die Charakterbildung und die Entwicklung von Persönlichkeitseigenschaften als "intervenierende Variable" im Sozialisationsprozess beeinflusst.

Ob der vermutete Zusammenhang tatsächlich besteht, ist Gegenstand der empirischen Analyse. Für die Survey-Forschung müssen die vier Ursachenbündel operationalisiert (umgesetzt) werden. In Kapitel A 3.2 wurde bereits dargelegt, welche Indikatoren dafür herangezogen werden sollen. Die zu bewältigenden Probleme bzw. Ängste resultieren zunächst aus dem **sozio-ökonomischen Status** einer Person. Sie hängen aber auch von der subjektiven Wahrnehmung dieser Situation ab. Da sich Charaktermerkmale nicht mit den Mitteln der standardisierten Um-

frage identifizieren lassen, konzentriert sich die empirische Erhebung zwangsläufig auf die Persönlichkeitseigenschaften. Dass sich die Umfrageforschung auf mehr oder weniger subjektiv gefärbte Auskünfte von Personen über ihre Persönlichkeit, ihre sozio-ökonomische Lage und über ihre Ansichten über soziale, wirtschaftliche, politische oder kulturelle Zustände stützt, haben wir ebenfalls erwähnt. Im Grunde genommen können wir nur zwischen eher "objektiven" Tatsachenfeststellungen bezüglich des sozio-ökonomischen Status eines Befragten und seiner persönlichen Bewertung von unterschiedlichen Objekten unterscheiden. Dabei handelt es sich einerseits um die eigene **Persönlichkeit** und andererseits um **gesellschaftliche Zustände**, also um die subjektive Wahrnehmung der sozio-ökonomischen Situation und um die Bewertung von Zuständen im Bereich der **Politischen Kultur**. Auskünfte über gesellschaftliche Zustände und über die eigene Persönlichkeit bezeichnen wir zusammenfassend **als sozio-politische Orientierungen**.

Rechtsextremismus erwächst also nicht nur aus dem sozio-ökonomischen Status einer Person, er hängt auch mit speziellen sozio-politischen Orientierungen zusammen, die wir ebenfalls als unabhängige Variablen, als Prädiktoren für Rechtsextremismus, betrachten. Im vorigen Kapitel haben wir uns mit dem sozio-ökonomischen Status befasst, in diesem Kapitel geht es um sozio-politische Orientierungen. Wie beides miteinander zusammenhängt, wird später untersucht.

Unser Forschungskonzept basiert weiterhin auf folgenden Annahmen: *Erstens* vermuten wir, dass sich Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen deutlich von Nicht-Mitgliedern unterscheiden. Gewerkschaftsmitglieder stellen demnach kein Spiegelbild der Gesellschaft dar, die allgemeine Spiegelbildthese ist zurückzuweisen. *Zweitens* - und darauf aufbauend - glauben wir, dass Gewerkschaftsmitglieder über ein typisches (politisches) Überzeugungssystem verfügen. Sie unterscheiden sich von Nicht-Mitgliedern also nicht nur dadurch, dass bei ihnen bestimmte Orientierungen besonders stark bzw. schwach ausgeprägt sind, sondern auch dadurch, dass derartige Orientierungen bei ihnen ein System bilden. Umgangssprachlich formuliert: Gewerkschaftsmitglieder sind durch eine besondere Mentalität charakterisiert. *Drittens* schließlich nehmen wir an, dass dieses Überzeugungssystem Elemente enthält, die Rechtsextremismus eher abwehren, und Elemente, die Anknüpfungspunkte für Rechtsextremismus bieten.

Mit diesem Kapitel verfolgen wir drei Absichten:

- Wir wollen die Konstruktion der Orientierungsvariablen und gegebenenfalls ihre theoretische Fundierung nachvollziehbar darlegen.

- Es soll überprüft werden, ob die allgemeine Spiegelbildthese tatsächlich zurückgewiesen werden kann, ob und inwieweit sich also die sozio-politischen Orientierungen der Gewerkschaftsmitglieder deutlich von denen der Unorganisierten unterscheiden. Die sozio-politischen Orientierungen, bei denen die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft, bei denen sich Organisierte deutlich (20 Prozent Marge) von Unorganisierten unterscheiden, bezeichnen wir als **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** (auch **GSPO-Variablen**).
- Dann werden wir untersuchen, ob die von uns erhobenen sozio-politischen Orientierungen die Ausbreitung von Rechtsextremismus eher begünstigen oder eher zur Eindämmung von Rechtsextremismus beitragen. Wenn der erstgenannte Fall zutrifft, werden wir der Kürze halber von **Anziehungsorientierungen** sprechen. Derartige Orientierungen korrelieren positiv mit Rechtsextremismus: Je stärker sie bei einer Person vorhanden sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Im umgekehrten Fall sprechen wir von **Abwehrorientierungen**. Sie korrelieren negativ mit Rechtsextremismus: Eine Person mit beträchtlichen Abwehrorientierungen wird nur mit geringer Wahrscheinlichkeit zum Rechtsextremismus neigen. Da auch sozio-politische Orientierungen existieren, die Rechtsextremismus zwar nicht anziehen, aber eben auch nicht abwehren, bedarf es noch einer dritten Gruppe von Variablen, die wir - hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Rechtsextremismus - als **neutrale Orientierungen** bezeichnen.
- Daraus ergibt sich die Frage, welche der sozio-politischen Orientierungen Rechtsextremismus besonders gut erklären. Wir werden in diesem Zusammenhang von **besonders einflussreichen Prädiktoren** und von **Schlüsselprädiktoren** sprechen.

Wenn diese Sachverhalte aufgeklärt sind, verfügen wir über die notwendigen Grundlagen, um der Frage nachzugehen, ob Gewerkschaftsmitglieder tatsächlich ein besonderes Überzeugungssystem aufweisen. Dies geschieht im folgenden Kapitel E.

2. Erläuterungen zur Terminologie

Da in der Einstellungs- bzw. Meinungsforschung die forschungsleitenden Termini nicht einheitlich verwandt werden, wollen wir zunächst unseren Begriffsapparat erläutern.

Einstellung (*attitude*) ist ganz allgemein "die von einem Individuum durch Erfahrung erworbene, relativ stabile Tendenz, auf ein soziales Objekt (Personen, Gruppen, soziale Situationen)

mit bestimmten Gefühlen, Vorstellungen und Verhaltensweisen zu reagieren"¹. Da es sich bei Einstellungen um theoretische Konstrukte handelt, wird in der psychologischen und soziologischen Literatur intensiv darüber diskutiert, wie Einstellungen zu definieren sind, wie sie entstehen, in welchen Kontexten sie auftreten, wie sie sich verändern, wie sie verhaltenswirksam werden und welche Typen von Einstellungen es gibt. Wir verzichten darauf, den Sachstand darzulegen² und beschränken uns auf einige wenige Hinweise, die für unser Projekt von Bedeutung sind.

Einstellungen werden in der empirischen Forschung gemessen, indem **Meinungen** zu entsprechenden Objekten oder Sachverhalten abgefragt werden. Wir fragen also nach Meinungen, um daraus auf Einstellungen zu schließen. Eine rechtsextreme Einstellung liegt beispielsweise dann vor, wenn die Meinungen zu einer rechtsautoritären Diktatur, zu Ausländerfeindlichkeit, zum Antisemitismus, zum Chauvinismus etc. positiv ausfallen. Dabei unterscheiden wir zwischen mittelfristig veränderlichen Einstellungen zu konkreten Themen bzw. Sachfragen und eher stabilen und sehr grundsätzlichen Einstellungen zur langfristigen Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung. Letztere bezeichnen wir als **Werte**. Weiterhin suchen wir die Ursachen des Rechtsextremismus auch in **Persönlichkeitseigenschaften** der Befragten. Da unsere Datenbasis nicht in Tiefeninterviews sondern in einer standardisierten Repräsentativbefragung besteht, müssen wir von Meinungen bzw. Einstellungen in Bezug auf die eigene Person auf Persönlichkeitseigenschaften schließen.

Komplizierter ist die Bestimmung der Begriffe "Überzeugung" und "Überzeugungssystem". Das Konzept der (politischen) **Überzeugungssysteme** (*belief systems*)³ geht auf Converse⁴ zurück. In der Literatur wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf ihn Bezug genommen und seine Untersuchung als "*seminal research*" bezeichnet⁵. In einem der neuesten Handbücher der

-
- 1 Rüdiger Peuckert: Einstellung, soziale, in: Bernhard Schäfers (Hrsg.), Grundbegriffe der Soziologie, 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich (UTB) 1986, S. 60-62.
 - 2 Zusammenfassend Siegfried Schumann: Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien, München/Wien: Oldenbourg 2001, S. 9 ff.
 - 3 Eine eindeutige deutsche Übersetzung für *belief* und *belief system* gibt es nicht. Im "Standardwörterbuch für die Sozialwissenschaften" werden als mögliche Bedeutungen für *belief* "Glaube, Religion, religiöse Überzeugung, Überzeugung" angegeben und für *belief system* "Glaubenssystem, Überzeugungssystem". Wolfgang J. Koschnick: Standardwörterbuch für die Sozialwissenschaften, Bd.1, München: Saur 1984, S. 52.
 - 4 Philip E. Converse: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David E. Apter (Hrsg.), Ideology and Discontent, New York: The Free Press 1964, S. 206-261.
 - 5 Jon Hurwitz/Mark Peffley: How are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model, in: American Political Science Review, 81. Jg. (1997), H. 4, S. 1099-1120, Zit. S. 1099; Ofira Seliktar: Identifying a Society's Belief System, in: Margaret G. Hermann (Hrsg.), Political Psychology. Contemporary Problems and Issues, San Francisco usw.: Jossey-Bass 1986, S. 320-354, Zit. S. 326.

Sozialpsychologie wird zum Forschungsansatz von Converse ausgeführt, dass Ideologien als eine Gruppe von Einstellungen und Überzeugungen mit hierarchischer Struktur konstruiert werden, die so miteinander verschränkt sind, dass sie um eine vorherrschende allgemein gebräuchliche Unterscheidung gruppiert sind, wie beispielsweise links und rechts⁶. Folgt man Ajzen, dann repräsentieren **Überzeugungen** (*beliefs*) die Informationen von Menschen über sich, ihre soziale und nicht soziale Umwelt⁷. *Salient beliefs* werden als unmittelbare Determinanten der Einstellung (*attitude*) einer Person zu einem Objekt, oder noch allgemeiner gesagt, zu einem Phänomen konzipiert⁸. Wir halten diese Unterscheidung für analytisch hilfreich, glauben aber, dass die Terminologie Verwirrung stiften könnte. Denn nach Ajzen bestünden Überzeugungssysteme nicht aus Überzeugungen, sondern aus Einstellungen, denen Überzeugungen vorgelagert wären. Wir bezeichnen die Bestandteile der Überzeugungssysteme daher als Überzeugungen, die sich aus Einstellungen zusammensetzen.

Converse diskutiert zu Beginn seines grundlegenden Aufsatzes kurz die allgemeinen Schwierigkeiten, Überzeugungssysteme adäquat zu definieren und zu messen⁹. Eine ausführliche Diskussion über die Begrifflichkeit führt er nicht, sondern belässt es beim Hinweis auf die vielfältigen Inhalte des Wortes Ideologie und seine Überschneidung mit dem Ausdruck *belief system*. Dabei bezieht er sich auf einen Artikel von David W. Minar, in welchem dieser die Anfälligkeit des Ideologie-Konzeptes für Vagheit und Übergeneralisierung betont, es aber zugleich als nützlich für die sozialwissenschaftliche Forschung bewertet und deshalb empfiehlt, sich Klarheit über die Variable Ideologie zu verschaffen¹⁰. Eine Empfehlung, der es auch in Hinblick auf *belief system* zu folgen gilt. **Es geht also nicht um die Entwicklung einer ausgefeilten und "richtigen" Definition von Ideologie oder Überzeugungssystem, sondern um ein brauchbares Modell für den Untersuchungszweck und die empirische Forschung.**

6 Alice H. Eagly/Shelly Chaiken: Attitude Structure and Function, in: Daniel T. Gilbert u.a. (Hrsg.), *The Handbook of Social Psychology*, Bd. 1, Boston usw.: McGraw-Hill 1998, S. 269-322, Zit. S. 284.

7 Icek Ajzen: Beliefs, in: Antony S. R. Manstead/Miles Hewstone (Hrsg.), *The Blackwell Encyclopedia of Social Psychology*, Cambridge: Blackwell 1995, S. 88-89, Zit. S. 88.

8 Die unterschiedliche Bedeutung von Überzeugung und Einstellung macht Fishbein am Beispiel des Objektes Rassentrennung klar: Zwei Personen können die Rassentrennung ablehnen, jedoch ganz unterschiedliche Überzeugungen von ihrer Natur, ihren Ursachen und Konsequenzen und von den Maßnahmen, um sie zu beseitigen, haben. Sie haben dieselbe Einstellung zur Rassentrennung, aber unterschiedliche Überzeugungen von ihr. Die Einstellung zum Objekt beruht auf dem Gesamteffekt der positiven und negativen Überzeugungen von dem Objekt. Sie beruht auf erlernten Prädispositionen, auf ein Objekt oder eine Klasse von Objekten in einer befürwortenden oder ablehnenden Art und Weise zu reagieren. Vgl. Martin Fishbein: A Consideration of Beliefs, and the Role in Attitude Measurement, in: Ders. (Hrsg.), *Readings in Attitude Theory and Measurement*, New York usw.: John Wiley 1967, S. 257-266, hier S. 257.

9 Converse (Anm. 4), S. 207.

10 David W. Minar: Ideology and Political Behavior, in: *Midwest Journal of Political Science*, 5. Jg. (1961), H. 4, S. 317-331, S. 331.

In Kombination mit dem Wort *system* verliert das Wort *belief* seine Eindeutigkeit in dem oben in Zusammenhang mit Einstellung definierten Sinne. **Mit Überzeugungssystem ist ganz allgemein ein System von wechselseitig aufeinander bezogenen Meinungen, Einstellungen, Werten und Überzeugungen gemeint:** "We define a belief system as a configuration of ideas and attitudes in which the elements are bound together by some form of constraint or functional interdependence."¹¹

Converse interessiert der Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilen des politischen Überzeugungssystems. Er spricht von Konfiguration und Idee-Elementen, womit er Eingrenzungen des Systems, Formen der Verschränkung und funktionale wechselseitige Abhängigkeiten zwischen den Teilen des Systems meint. Verschränkungen operationalisiert er statistisch durch die Wahrscheinlichkeit, mit welcher aufgrund der Kenntnis eines Elementes eines Überzeugungssystems ein anderes Element vorhergesagt werden kann. Anders formuliert: im statischen Fall durch das Ausmaß des statistischen Zusammenhangs zwischen Elementen des Systems, im dynamischen Fall durch die Wahrscheinlichkeit, mit der aufgrund einer Änderung bei einem Teil des Systems eine Änderung bei einem anderen seiner Teile vorhersagbar ist.

Folgende Überlegungen von Converse sind für unser methodisches Vorgehen von besonderer Bedeutung: Er geht davon aus, dass Überzeugungssysteme **von kleinen Eliten synthetisiert**, man könnte auch sagen entwickelt werden. Ihre Aufnahme bei den Anhängern des Überzeugungssystems beruhe auf sozialer Diffusion und der Wahrnehmung, was womit zusammen passt. Der systematische Zusammenhang der Idee-Elemente bzw. das Wissen um sie dünne aus in Abhängigkeit von der Bildung der Anhänger, von deren spezialisierten Interessen und persönlichen Neigungen und von ihrem persönlichen Engagement. Converse unterscheidet aufgrund seiner empirischen Studien fünf Verständnisniveaus (*levels of conceptualization*), die von einem reflektierten Verständnis bis hin zu keinem Verständnis reichen.

Trotz der extremen Popularität des Ausdruckes *belief system* in der Politischen Psychologie ist die Klärung der Begrifflichkeit seit Converse nicht wesentlich vorangekommen. Es werden immer noch verschiedene Inhalte damit verbunden, darunter auch Ideologie und politische Kultur. Das Begriffsproblem ist jedoch nachrangig verglichen mit dem Problem, den makrosoziologischen Blickwinkel auf Überzeugungssysteme mit dem mikrosoziologischen zu vereinbaren¹². Uns geht es um den Zusammenhang zwischen Organisation und Mentalitäten, um ein **spezifi-**

11 Converse (Anm. 4); S. 207.

12 Seliktar (Anm. 5), S. 325.

ches Überzeugungssystem von Gewerkschaftsmitgliedern, das mit Organisationszweck und Organisationsstruktur der Gewerkschaften korrespondiert. Dafür benutzen wir den Ausdruck gewerkschaftliches Überzeugungssystem. Wir meinen damit nicht die gewerkschaftliche Programmatik oder eine ausgearbeitete oder wie auch immer geartete Dogmatik, sondern einen empirischen, gewerkschaftsspezifischen Zusammenhang von Werten, Einstellungen und Überzeugungen zu bestimmten Objekten, den es in demselben Ausmaß und in derselben Dichte außerhalb der Gewerkschaften nicht gibt. Dieser Zusammenhang sollte konkret bezogen sein auf jene Bereiche von Wirtschaft und Politik, die zentral sind für Organisationszweck und -struktur der Gewerkschaften.

Die Bestimmung und die aus forschungsökonomischen Gründen notwendige Auswahl von zentralen Objekten haben wir aufgrund unserer Expertise vorgenommen. Für den Bereich der Wirtschaft und für den Zusammenhang von Wirtschaft und Politik wurden in unserer Befragung Stellungnahmen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit, zur Rolle des Staates in der Wirtschaft, zum Verhältnis von wirtschaftlichem und politischem System, zur Bedeutung bzw. Anwendung zentraler gewerkschaftlicher Instrumente wie Streik und Tarifverträge sowie zu den Grundlagen der Interessenvertretung der Arbeitnehmer erhoben. Für den Bereich der Politik verfügen wir über Stellungnahmen zur Demokratie und zu grundlegenden politischen Werten.

Als Sammelbezeichnung für Meinungen, Einstellungen und Überzeugungen verwenden wir den Begriff **Orientierungen**. In unserem Forschungskonzept beziehen sich Orientierungen nicht nur auf den politischen Bereich im engeren Sinn, sondern darüber hinaus auch auf den wirtschaftlichen Bereich, insbesondere auf die Arbeitswelt und die industriellen Beziehungen. Daher sprechen wir von **sozio-politischen Orientierungen**. Bei der Systematisierung dieser Orientierungen lehnen wir uns an einen Vorschlag an, der sich allerdings nur auf das politische System bezieht¹³. Wir haben ihn teilweise (wörtlich) übernommen, teilweise für die Bedürfnisse unseres Projekts ergänzt und erweitert.

13 Oskar Niedermayer: Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 16 ff.- Eine ausführlichere Darstellung findet sich in: Oskar Niedermayer/Bettina Westle: A Typology of Orientations, in: Oskar Niedermayer/Richard Sinnott (Hrsg.): Public Opinion and Internationalized Governance, Oxford/New York: Oxford University Press 1995, S. 33-50. Vgl. auch Oscar W. Gabriel: Einleitung: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im Transitionsprozess, in: Ders. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 9-33.

Sozio-politische Orientierungen beziehen sich auf die Strukturen der wirtschaftlichen und politischen Ordnung und auf die politischen Entscheidungen in Wirtschaft und Politik sowie auf deren Folgen. Sozio-politische Orientierungen beziehen sich mithin auf Strukturen und auf Inhalte.

Die **strukturelle Dimension**, die auch das Verhältnis des Individuums zu seiner Umwelt einschließt, lässt sich unterscheiden in Orientierungen

- gegenüber der eigenen **Persönlichkeit**, gesellschaftlichen Stellung¹⁴ und politischen Rolle, wozu insbesondere eher allgemeine Persönlichkeitsmerkmale, das politische Interesse und das staatsbürgerliche Selbstbewusstsein gehören;
- gegenüber den **Eliten**, Führungsgruppen bzw. Entscheidungsträgern;
- gegenüber den sozialen, wirtschaftlichen und politischen **Institutionen**, also den Verfassungsorganen, intermediären Institutionen (Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Bewegungen etc.) und (verfassungs-)rechtlichen Verfahrensregeln;
- gegenüber der wirtschaftlichen und politischen **Ordnung insgesamt**, also der Idee der Demokratie und ihrer Prinzipien, der Demokratiekonzeption des Grundgesetzes, der Verfassungswirklichkeit einschließlich des Anspruchs und der Realität der industriellen Beziehungen;
- gegenüber der Situation und Verfasstheit der nationalen **Gesellschaft** sowie der Weltgesellschaft insgesamt.

Weiterhin lassen sich grundsätzlich drei Orientierungsmodi unterscheiden:

- **kognitive**, der Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit dienende Orientierungen, also das Interesse und das objektive bzw. subjektive Wissen der Bürger;
- **evaluative**, der Realitätsbewertung dienende Orientierungen;
- **konative** Orientierungen (Verhaltensabsichten), also die Bereitschaft zur Ausübung politischer Aktivitäten.

Bei evaluativen Orientierungen wird oft noch unterschieden zwischen "eher affektiv-wertbezogenen Beurteilungen wie Vertrauen oder Sympathie und eher rational-ergebnisbezogenen Beurteilungen, wo die Orientierungsobjekte bzw. deren Leistungen nach Kosten/Nutzenerwägungen beurteilt werden"¹⁵. Da evaluative Orientierungen für unser Projekt von großer Bedeutung sind, nehmen wir eine weitere Differenzierung vor und unterscheiden zwischen drei Evaluierungsarten: Input-Evaluierung, Output-Evaluierung und Gesamtevaluierung, wobei wir bei der Input-Evaluierung noch zwischen Werten und Normen trennen:

Input-Evaluierung: Bewertung der Ziele und Strategien, aber auch des Zustands und der Ressourcen eines Objekts. Bei der *wertbezogenen* Input-Evaluierung geht es um sehr grundsätzli-

14 Informationen zur gesellschaftlichen Stellung der Befragten enthalten auch die Fragen zum sozio-ökonomischen Status (SES). Die SES-Variablen verstehen wir als Auskünfte, als Berichterstattung über die gesellschaftliche Stellung, während es hier um Bewertungen der gesellschaftlichen Stellung geht. Selbstverständlich ist die Grenze zwischen beidem nicht immer eindeutig zu ziehen.

15 Niedermayer (Anm. 13), S. 17.

che, stark verallgemeinerte Zielvorstellungen hinsichtlich des wünschenswerten Zustands der Gesellschaft. Bei der *normenbezogenen* Input-Evaluierung geht es - explizit oder implizit - um relativ konkrete Soll-Vorschriften bzw. um Handlungsorientierungen. Beide Varianten lassen sich nicht immer klar gegeneinander abgrenzen.

Output-Evaluierung: Beurteilung der Leistung eines Objekts nach Kosten-Nutzen-Kriterien.

Gesamtevaluierung: Pauschale Bewertung eines Objekts, wobei strukturelle und inhaltliche, Input- und Output-Aspekte ihren Niederschlag finden können. Als Beispiele seien allgemeines Vertrauen in Institutionen oder Sympathien für eine Person oder eine Partei genannt.

Selbstverständlich sind nicht alle hier genannten Orientierungstypen und -modi für unser Projekt relevant. Und hinsichtlich der relevanten Typen werden auch nicht die mögliche Bandbreite sondern nur ausgewählte Objekte analysiert. So interessieren beispielsweise bei den intermediären Institutionen nur die Gewerkschaften. Parteien, Verbände und Bewegungen bleiben unberücksichtigt. In Bezug auf die strukturelle Dimension geht es uns vor allem um industrielle Beziehungen, um die wirtschaftliche und politische Ordnung insgesamt und um gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Daher messen wir primär evaluative Orientierungen, bei den kognitiven Orientierungen beschränken wir uns auf das politische Interesse, bei den konativen Orientierungen auf die Wahlabsicht und die Wahlbereitschaft zu Gunsten von rechtsextremen Parteien (s. Kapitel B 10). Bei der Präsentation der Orientierungsvariablen unterscheiden wir - wie erwähnt - grob zwischen **Persönlichkeitseigenschaften** (Abschnitt 3) und **Bewertungen gesellschaftlicher Zustände** (Abschnitt 4).

Insgesamt werden wir zu einer Liste mit über 20 sozio-politischen Orientierungen gelangen, die die Prädiktoren für Rechtsextremismus bilden. Diese Variablen werden dann in Beziehung zur summierten Langfassung unserer Rechtsextremismus-Skala (REXL) gesetzt.

3. Persönlichkeitseigenschaften

Persönlichkeitseigenschaften gelten als wichtige Prädiktoren für Rechtsextremismus. Wir vermuten, dass sie durch Charaktermerkmale vorstrukturiert und durch die zu bewältigenden Problemlagen geprägt werden. In der Forschung sind eine Reihe von derartigen Merkmalen entwickelt worden¹⁶. Wir haben folgende in die Befragung aufgenommen: Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (ASKO), Leistungsorientierung, politische Apathie und das Gefühl politischer Effektivität (Efficacy). Da in der Literatur auch Wertorientierungen bzw. Wertprio-

16 Siehe dazu oben Kap. A 2.2.1 sowie die Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen", S. 47.

ritäten zu den Persönlichkeitseigenschaften gezählt werden¹⁷, behandeln wir sie an dieser Stelle. Wertorientierungen ließen sich freilich ebenso unter die Bewertung gesellschaftlicher Zustände subsummieren. Entscheidend ist jedoch, dass sie überhaupt als mögliche Prädiktoren für Rechtsextremismus in Betracht gezogen werden.

3.1 Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (ASKO)

Der autoritäre Charakter gilt als herausragende Determinante für rechtsextreme Einstellungen. Über das Verhältnis von Autoritarismus und Rechtsextremismus und über die Ermittlung von Persönlichkeitseigenschaften, die sich mit einem Ich-schwachen, sado-masochistischen Charakter verbinden, haben wir bereits in Kapitel A das Nötigste ausgeführt. Umstritten ist, ob Autoritarismus Bestandteil des rechtsextremen Einstellungssyndroms (also abhängige Variable) oder Ursache des Rechtsextremismus (also unabhängige Variable) ist.

"Wenn das Konstrukt Autoritarismus als unabhängige Variable tatsächlich einen Beitrag zur Erklärung von rechtsextremen Einstellungen und Orientierungsmustern liefern will, müssen die Operationalisierung der unabhängigen und der abhängigen Variable empirisch klar getrennt sein. Stellen jedoch die aktuellen Autoritarismusskalen eher Messungen von politischen Einstellungen dar, dann kann man sie nicht als Prädiktoren von rechtsextremen politischen Einstellungen verwenden, denn eine solche Erklärung wäre tautologisch und hätte keinerlei Informationsgehalt."¹⁸

Bestandteil unserer Rechtsextremismus-Skalen ist die Dimension "Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur", die autoritäre, rechtsgerichtete politische Ordnungsvorstellungen erfassen soll. Um eine Persönlichkeitseigenschaft zu erfassen, die als unabhängige Variable Rechtsextremismus beeinflusst, bedarf es eines völlig anderen Messkonzepts. Darin besteht der Gebrauchswert der **ASKO-Skala**. Wir haben dieses Instrument als Indikator für autoritäre Dispositionen ausgewählt, weil es klar definiert, plausibel begründet, einfach handhabbar und empirisch gründlich validiert ist. Die Skala wurde von Schumann¹⁹ entwickelt und in mehreren Umfragen getestet. Sie stellt einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über das Verhältnis von Autoritarismus und Rechtsextremismus und über die Messung von Autoritarismus dar.

"Eine Kernannahme ist den meisten theoretischen Ansätzen [der Autoritarismusforschung] gemein: 'autoritäre', 'dogmatische' oder 'konservative' Menschen neigen (zumindest ursprünglich) zu Ängstlichkeit, insbesondere in Situationen, die aus ihrer Sicht mit 'Ungewissheit' und Ambi-

17 Siehe dazu oben Kap. A 2.2.2.

18 Christian Seipel/Susanne Rippl/Angela Kindervater: Probleme der empirischen Autoritarismusforschung, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/ Angela Kindervater (Hrsg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 261-280, Zit. S. 268.

19 Schumann (Anm. 2).

guität verbunden sind - und sie neigen als 'Gegenreaktion' dazu, kognitive Orientierungssysteme zu entwickeln, die dazu beitragen, Ungewissheit und Ambiguität zu mindern."²⁰

Die ASKO-Skala besteht aus je zwei Catchphrases pro Item, wovon jeweils eines auszuwählen ist:

- ASKO_1 stetiger Wandel oder fest gefügte Verhältnisse*
- ASKO_2 Ruhe und Ordnung* oder Bewegung und Neuerungen
- ASKO_3 Veränderungsfreudigkeit oder Traditionsverbundenheit*
- ASKO_4 neue Ideen oder altbewährte Anschauungen*
- ASKO_5 feste Regeln* oder Improvisation
- ASKO_6 Erhaltung des Althergebrachten* oder Reformen
- ASKO_7 überraschende Situationen oder klare, eindeutige Verhältnisse*
- ASKO_8 Einordnung und Unterordnung* oder Aufbegehren
- ASKO_9 neue, bisher unbekannte Dinge oder bekannte Dinge*

Der Wertebereich der Skala liegt mithin zwischen Null und Neun. Wer keinen Schlüsselbegriff (oben mit einem * versehen) genannt hat, der auf Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem hindeutet, erhält eine Null, wer alle neun genannt hat, erhält eine Neun. Zum Zweck der vergleichenden Potenzialbestimmung wurde die Variable **ASKOPOT** gebildet. Dazu zählen alle Befragten, die mindestens fünf Schlüsselbegriffe genannt haben.

21 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und ebenso 21 Prozent der Nicht-Mitglieder sind autoritär disponiert. Auch identische Skalenmittelwerte deuten darauf hin, dass für ASKO die Spiegelbildthese gilt²¹. Allerdings besteht ein Ost-West-Unterschied: Die Ostdeutschen sind deutlich autoritärer orientiert als die Westdeutschen. ASKO korreliert mit den Rechtsextremismus-Skalen ziemlich stark bis stark (REXL): Autoritäre Dispositionen begünstigen also - wie erwartet - die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Demokratische Orientierungen sind mit ASKO schwach negativ assoziiert, ein restriktives Demokratieverständnis korreliert dagegen schwach positiv mit ASKO, ebenso autoritäre Wertvorstellungen²².

3.2 Leistungsorientierung

Wir haben Leistungsorientierung als eine besondere Persönlichkeitseigenschaft in unseren Fragebogen aufgenommen, weil Held u.a. nachgewiesen haben, dass ein ziemlich starker Zusammenhang zwischen Leistungsorientierung und autoritären, rassistischen und nationalisti-

20 Schumann (Anm. 2), S. 130, 132.

21 Siehe Anhang 77.

22 Die Charakterisierung der unabhängigen Variablen (Prädiktoren) macht es erforderlich, auf Variablen zurückzugreifen, die erst im Laufe dieses Kapitels vorgestellt werden.

schen Orientierungen besteht²³. Da die Autoren keine konkreten Angaben über ihr Messinstrument machen, orientieren wir uns an dem Konzept von Hippler und Krüger²⁴. Aus ihrer Statement-Batterie haben wir die Items übernommen, die für "leistungs- und erfolgsfördernde Arbeitshaltungen" stehen, sie aber so umformuliert, dass sie gegebenenfalls auch von Arbeitslosen und Nichterwerbspersonen beantwortet werden können. Beispielsweise heißt unser Statement LEIST_5 im Original: Ich bin *in meinem Beruf* sehr ehrgeizig. Die Statements unserer Umfrage lauten:

- LEIST_1 Ich führe immer alle Aufgaben äußerst gründlich aus.
- LEIST_2 Wenn ein kniffliges Problem auftritt, knobele ich so lange daran, bis ich es gelöst habe.
- LEIST_3 Ich setze mich auch gegen Widerstände durch.
- LEIST_4 Durch Rückschläge lasse ich mich nicht entmutigen.
- LEIST_5 Ich bin sehr ehrgeizig.
- LEIST_6 Wenn mir eine Arbeit misslungen ist, halte ich mich in Zukunft am liebsten von ähnlichen Aufgaben fern (neg).

Die Faktorenanalyse ergibt (bei einem guten KMO-Wert von 0,743) eine einfaktorielle Lösung. Bei der Reliabilitätsanalyse erweist sich das Item LEIST_6 als sehr störend. Die übrigen Items erzielen einen gerade noch befriedigenden Alpha-Wert von 0,6979. Der Index **Leistungsorientierung (LEIST)** umfasst folglich die Statements LEIST_1 bis LEIST_5. Die Index-Werte reichen von 5 bis 37, der Index-Mittelwert liegt also bei 21. Die tatsächliche Verteilung der Messwerte ist freilich sehr schief, der Mittelwert beträgt für alle Befragten 28,0. Die Zustimmung zu den Statements ist also enorm groß. Um für die vergleichende Potenzialbestimmung trennscharfe Gruppen zu erhalten, sind wir wie folgt vorgegangen: Abweichend vom normalen Verfahren haben wir den "cutting point" für die Zustimmung zu einem Statement nicht auf den Wert 4, sondern auf den Wert 5 gesetzt. Sodann wurde der kumulierte Index **LEISTK** gebildet, der von Null (keinem Statement zugestimmt) bis Fünf (allen 5 Statements zugestimmt) reicht.

Leistungsorientierung korreliert tatsächlich schwach mit den Rechtsextremismus-Skalen (bis auf REXH): Mit zunehmender Leistungsorientierung wächst also auch die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Ein Vergleich der Leistungsorientierung von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern ergibt kaum Unterschiede. Stark leistungsorientiert sind jeweils 19 Prozent der Or-

23 Josef Held/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis: Gespaltene Jugend. Politische Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen, Opladen: Leske + Budrich 1996, S. 70. Die Ergebnisse der Tübinger Forschergruppe sind in Kap. A 2.2.3 und A 2.3 dargestellt.

24 G. Hippler & K. Krüger (1999): Leistungsorientierung von Angestellten, in: Angelika Glöckner-Rist/Peter Schmidt (Hrsg.): ZUMA-Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente, Version 4.0, Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.

ganisierten und der Unorganisierten. Hier gilt also ebenfalls die Spiegelbildthese. Ein Ost-West-Unterschied ist bei den stark leistungsorientierten Unorganisierten zu erkennen: Die Ostdeutschen übertreffen die Westdeutschen um etwa das Anderthalbfache. Die Ost-Gewerkschafter sind zwar auch etwas häufiger stark leistungsorientiert als die West-Gewerkschafter, die Differenz fällt freilich wesentlich geringer aus²⁵.

3.3 Politisches Interesse und politische Apathie

In den Autoritarismus-Studien der Frankfurter Schule ist häufig hervorgehoben worden, dass ausgeprägtes politisch-demokratisches Engagement als eine wichtige Barriere gegen die Ausbreitung von Faschismus bzw. Rechtsextremismus wirkt (Fromm, Adorno u.a., Jaerisch). Wer geneigt ist, seine Probleme selbstbewusst auf dem Wege politischer Partizipation anzugehen, dürfte daher kaum anfällig für rechtsextreme Parolen sein²⁶. Umgekehrt ist ein deutlicher positiver Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und politischer Apathie zu erwarten. Als einen "recht verlässlichen Indikator für politische Apathie" bezeichnet Freyhold das politische Interesse²⁷. Politische Apathie wäre demnach das Gegenteil von politischem Interesse. Der Vorschlag von Freyhold ist deshalb besonders interessant, weil politisches Interesse zum Standardrepertoire von Umfragen zählt und einfach zu erheben ist. Van Deth versteht darunter "the degree to which politics arouses a citizen's curiosity"²⁸. Über die Bedeutung des politischen Interesses äußert er sich wie folgt:

"One of the best established findings in public opinion research is the crucial position of the concept 'interest in politics' in schemes that link social and/or psychological factors to political attitudes and behavior. From the start, election surveys have shown that the more interested people have more, and more outspoken, opinions on political issues, participate more actively in campaigns, and expose themselves more to political information than do less interested people. Furthermore, it appears that the better educated, the more prosperous, and the more prestigious categories also are among the most interested parts of the population."²⁹

Das Konzept ist auch deshalb für unsere Untersuchung bedeutsam, weil politisches Interesse als notwendige (nicht aber als hinreichende) Bedingung für politische Beteiligung gilt. Im Prinzip ist politisches Interesse aber unabhängig von Art und Ziel der Beteiligung, insofern sich die Partizipation auf demokratische Gesellschaften bezieht. Eigene Untersuchungen geben Anlass zu

25 Siehe Anhang 78.

26 Vgl. dazu unsere Ausführungen in Kap. A 2.3.

27 Michaela von Freyhold: Autoritarismus und politische Apathie. Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen, Frankfurt a. Main: Europäische Verlagsanstalt 1971, S. 146.

28 Jan W. van Deth: Interest in Politics, in: Kent M. Jennings u.a.: Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin/New York: de Gruyter 1990, S. 275-312, Zit. S. 278.

29 Van Deth (Anm. 28), S. 275.

der Vermutung, dass Befragte mit starkem bzw. sehr starkem politischen Interesse deutlich weniger zum Rechtsextremismus neigen als Befragte mit geringem oder keinem politischen Interesse. Politische Apathie wurde mit folgender Frage erhoben:

POLAPA Wie stark interessieren Sie sich eigentlich für Politik? (sehr stark, stark, mittel, wenig, überhaupt nicht, WN/KA).

Politisches Interesse bedeutet - wie erwähnt - das Gegenteil von politischer Apathie:

POLINT POLAPA recodiert: von überhaupt nicht bis sehr stark.

Politisches Interesse korreliert tatsächlich (schwach) negativ mit den Rechtsextremismus-Skalen (politische Apathie mithin schwach positiv). Das politische Interesse von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern unterscheidet sich kaum: Sehr stark bzw. stark politisch interessiert sind 38 Prozent der Organisierten und ebenso 38 Prozent der Unorganisierten. Für das politische Interesse gilt also die Spiegelbildthese. Ein erkennbarer West-Ost-Unterschied besteht nicht. Als sehr stark bzw. stark politisch-apatthisch erweisen sich 14 Prozent der Organisierten und 19 Prozent der Unorganisierten. Hier gilt die Spiegelbildthese folglich nicht. Wiederum ist kein Ost-West-Unterschied zu konstatieren³⁰.

3.4 Efficacy

Als Voraussetzung für politische Beteiligung gelten weithin zwei Bedingungen: Eine Person muss sich selbst zutrauen, in politische Prozesse zu intervenieren, und sie muss der Auffassung sein, dass derartige Interventionen aussichtsreich sind. Das Gefühl politischer Effektivität wird mit dem Efficacy-Konzept gemessen³¹. Internal Efficacy zielt auf das **subjektive politische Kompetenzgefühl** (oder auch auf das politische Selbstbewusstsein), External Efficacy auf das **politische Responsivitätsgefühl**³². Nach Gramson³³, der das Konzept entwickelt hat, zeichnen sich "potential partisans" durch hohes Kompetenzgefühl und geringes Responsivitätsgefühl aus. Wir erwarten folglich negative Korrelationen zwischen Rechtsextremismus und Efficacy.

30 Siehe Anhang 79.

31 Zusammenfassend Angelika Vetter: Political Efficacy - Reliabilität und Validität. Alte und neue Messmodelle im Vergleich, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag 1997.

32 Ähnliche Items finden sich auch in Erhebungsinstrumenten zu individuellen Kontrollüberzeugungen. Vgl. Samuel H. Barnes & Max Kaase (1999): Beeinflussbarkeit des politischen Systems, in: Angelika Glöckner-Rist & Peter Schmidt (Hrsg.): ZUMA-Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente, Version 4.0, Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.

33 William A. Gramson: Power and Discontent, Homewood: Dorsey Press 1968.

Die Formulierung der Statements zur Messung beider Dimensionen entstammt (mit einer kleinen Änderung) der Deutschen Nationalen Wahlstudie 1998³⁴:

Internal Efficacy:

- EFFI_1 Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht (neg).
- EFFI_2 Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
- EFFI_3 Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

External Efficacy:

- EFFI_4 Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht (neg).
- EFFI_5 Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.
- EFFI_6 Die gewählten Volksvertreter bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.

Es wurden zwei Indizes gebildet: **EFFIINT** und **EFFIEXT**. Beide sind voneinander nahezu völlig unabhängig, messen also etwas anderes. Unsere Daten zeigen, dass kein statistischer Zusammenhang zwischen dem Responsivitätsgefühl (EFFIEXT) und dem politischen Interesse besteht. Was EFFIEXT mit den verwendeten Statements misst, ist nicht eindeutig (daher verzichten wir auf die weitere Verwendung dieser Variable). Folglich war auch der Versuch nicht erfolgreich, beide Indizes zu einer aussagefähigen Variable (politisches Effizienzgefühl) zu kombinieren. Das subjektive politische Kompetenzgefühl korreliert dagegen stark positiv mit politischem Interesse ($r = 0,459$) und folglich stark negativ mit politischer Apathie.

Zwischen EFFIINT und Rechtsextremismus zeigen sich tatsächlich sehr schwache bis schwache negative Beziehungen (REXL: $r = -0,227$). Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus sinkt also mit zunehmendem politischem Selbstbewusstsein. Zur vergleichenden Potenzialbestimmung wurden kumulierte Indizes gebildet: **EFFIINTK** und **EFFIEXTK** umfassen die Werte Null (keines der 3 Statements befürwortet) bis Drei (alle 3 Statements befürwortet). Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder unterscheiden sich nicht sonderlich in Bezug auf das Gefühl politischer Effektivität. Daher gilt auch hier die Spiegelbildthese³⁵. Beim subjektiven politischen Kompetenzgefühl macht sich allerdings ein West-Ost-Unterschied bemerkbar: Die Westdeutschen,

34 Angelika Vetter: Frischer Wind in einer alten Beziehung? Political Efficacy und die Bundestagswahl 1998, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 79-109.- EFFI_6 lautet bei Vetter: "Die Bundestagsabgeordneten bemühen sich...".

35 Siehe Anhang 80 und 81.

Organisierte wie Unorganisierte, zeigen mehr politisches Selbstbewusstsein als die Ostdeutschen³⁶. Das mag der vergleichsweise geringen Demokratieerfahrung der neuen Bundesbürger geschuldet sein, könnte aber auch mit der größeren Unzufriedenheit im Osten zusammenhängen.

3.5 Wertorientierungen

Gesellschaften sind durch Konflikte geprägt, die sich in Auseinandersetzungen oder gar Kämpfen zwischen Menschen, Gruppen oder Klassen niederschlagen. Als Konfliktquelle gelten seit jeher vor allem die ökonomisch-sozialen Verhältnisse, die in der politischen Sphäre als Interessen- oder Klassenkonflikte in Erscheinung treten. Daher sollten wir gerade hier bei der Suche nach spezifischen gewerkschaftlichen Orientierungen fündig werden. Handelte es sich bei derartigen Konflikten immer auch um ideologische bzw. um Wertekonflikte³⁷, so folgt aus der zunehmenden Differenzierung moderner Industriegesellschaften, dass Konflikte heute immer weniger allein durch sozialstrukturelle Variablen erklärt werden können und dass Wertorientierungen immer weniger an die Zugehörigkeit zu sozialen Klassen, Schichten oder Milieus gebunden sind³⁸.

Gesellschaftliche Konfliktstrukturen wurden vor allem in der Parteien- und Wahlforschung modelliert. Downs bildete das politisch-ideologische Spektrum auf einer einzigen Achse, auf der **Links-Rechts-Skala**, ab und nahm an, "dass der linke Eckpunkt der Skala die völlige Lenkung der Wirtschaft durch den Staat darstellt und der rechte Eckpunkt eine vollkommen freie Marktwirtschaft bedeutet"³⁹. Nach Downs steht die Links-Rechts-Achse für einen ideologischen Grundkonflikt, für einen Konflikt über Vorstellungen von einer guten Gesellschaft und über die vorrangigen Mittel zu ihrer Gestaltung. **Kritiker monierten die Eindimensionalität des Modells**. So schlug Sartori beispielsweise vor, die ökonomische Achse um eine politische Achse zu ergänzen, die demokratische und autoritäre Orientierungen kontrastiert⁴⁰. Klingemann und Pappi unterscheiden zwischen einem normenorientierten und einem wertorientierten Demokra-

36 Beim Vergleich der Mittelwerte tritt diese Differenz allerdings nur bei den Mitgliedern zu Tage.

37 Franz Urban Pappi und Edward O. Laumann (Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten, in: Zeitschrift für Soziologie, 3. Jg., 1974, H. 3, S. 157-188) gehen davon aus, dass die großen Interessengegensätze generell unter Berufung auf gesellschaftliche Wertorientierungen ausgetragen werden: "Erst die kulturelle Deutung macht sie politisch handlungsrelevant." (S. 160).

38 Vgl. dazu Richard Stöss: Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im "Superwahljahr" 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 147 ff.

39 Anthony Downs: An Economic Theory of Democracy, New York: Harper & Brothers 1957; dt.: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen: Mohr 1968, S. 112 ff.

40 Giovanni Sartori: Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Bd. 1, Cambridge: Cambridge University Press 1976, S. 324 ff.

tiebegriff. Letzterer werde durch die Pole Links und Rechts begrenzt, ersterer durch die Pole demokratisch und autoritär. Der wertorientierte Demokratiebegriff sei an seinen Rändern durch extreme, der normenorientierte durch radikale Positionen gekennzeichnet⁴¹. In beiden Fällen wurde **die auf der Links-Rechts-Achse abgebildete ideologische Grundorientierung der Menschen um eine weitere, davon unabhängige Dimension ergänzt, woraus sich ein zweidimensionaler (euklidischer) Raum ergibt**, der die Einstellungen der Individuen bzw. Gruppen realistischer abbildet als das eindimensionale Modell.

Dass zweidimensionale Modelle oft ideologische und Wertorientierungen verknüpfen, gilt weit hin als unproblematisch, da - wie Jagodzinski und Kühnel hervorheben - die Grenze zwischen Werten und Ideologien fließend ist: Verstehe man unter Ideologien klar strukturierte Überzeugungssysteme im Sinne von Converse⁴² und "unter gesellschaftlichen Wertvorstellungen Konzeptionen einer wünschenswerten Gesellschaft" im Sinne von Kluckhohn⁴³, "so sind beide Begriffe kaum noch von einander abzugrenzen"⁴⁴. In unserer Untersuchung unterscheiden wir dennoch zwischen der Links-Rechts-Selbsteinstufung⁴⁵ und **grundlegenden politischen Wertorientierungen**. Ungeachtet dessen erwarten wir mit Blick auf die Spiegelbildthese, dass sich Gewerkschaftsmitglieder durch besondere ideologische und Wertorientierungen von den Unorganisierten unterscheiden.

Bei der Analyse der Wertorientierungen bedienen wir uns eines zweidimensionalen Modells, das auf Kitschelt zurück geht⁴⁶, und erheben konkrete Werte. Damit verbinden wir die Hoffnung, dass dadurch der Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten deutlich hervortritt. Unter Werten verstehen wir gesellschaftlich bedeutsame Grundüberzeugungen von Gruppen, die relativ dauerhaft und von hohem Allgemeinheitsgrad sind und Konzeptionen des (politisch) Wünschenswerten zum Ausdruck bringen. "Values are generalized attitudes, and as such they

41 Hans D. Klingemann/Franz U. Pappi: Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen, München/Wien: Oldenbourg 1972, S. 23 ff.

42 Converse (Anm. 4).

43 "A value is a conception, explicit or implicit, distinctive of an individual or characteristic of a group, of the desirable which influences the selection from available modes, means, and ends of an action." Clyde Kluckhohn u.a.: Values and Value Orientations in the Theory of Action. An Exploration in Definition and Classification, in: Talcott Parsons/Edward A. Shils (Hrsg.): Toward a General Theory of Action, Cambridge: Harvard University Press 1951, S. 388-433, Zit. S. 395.

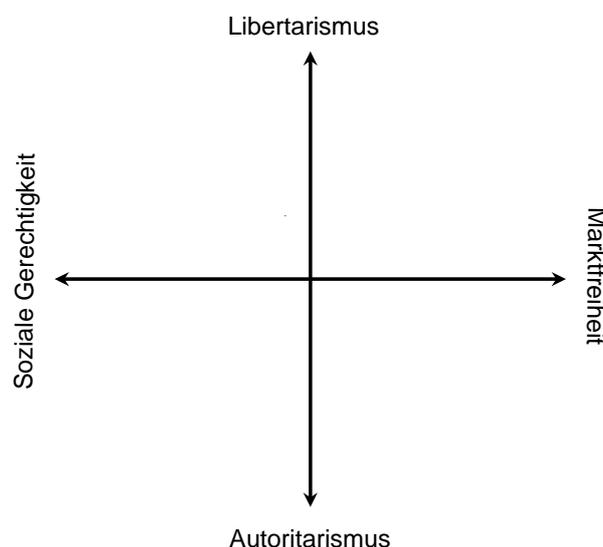
44 Wolfgang Jagodzinski/Steffen M. Kühnel: Werte, Ideologien und Wahlverhalten, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 449-471, Zit. S. 449.

45 Sie wird im folgenden Abschnitt 4 dieses Kapitels behandelt.

46 Siehe oben Kap. A 2.2.2.

can apply to a variety of specific themes."⁴⁷ Folgt man Winkler, dann ist eine Persönlichkeit über Werteprioritäten definiert⁴⁸.

Grafik 2: Hauptkonfliktlinien westlicher Parteiensysteme



Unser Modell⁴⁹ besteht aus zwei voneinander unabhängigen Konfliktdimensionen, die sich auf die Gestaltung der **ökonomisch-sozialen** Ordnung und der **politischen** Ordnung beziehen und einen zweidimensionalen Werteraum bilden. Im Zentrum der ökonomisch-sozialen Konfliktlinie steht die Zukunft des Wohlfahrtsstaats. Sie kontrastiert neoliberale mit staatsinterventionistischen Zielen, die ungehinderte Freisetzung der Marktkräfte (Marktfreiheit) mit der sozialen Gerechtigkeit. Bei der Gestaltung der politischen Ordnung stehen sich libertäre Ziele (z.B. Partizipation, Gleichberechtigung der Geschlechter, Umweltschutz) und autoritäre Prinzipien (starker Nationalstaat, Sicherheit und Ordnung usw.) gegenüber. In dem Modell bilden also vier grundlegende Werte (soziale Gerechtigkeit und Marktfreiheit, Libertarismus und Autoritarismus) zwei Konfliktlinien. Da die beiden Konfliktdimensionen voneinander unabhängig sind, ergibt sich ein Achsenkreuz, an dessen Mittelpunkt (Nullpunkt) vier Vektoren aufeinander stoßen, die für einen der vier grundlegenden Werte stehen. Da in modernen postindustriellen Gesellschaften ideologisch strukturierte Überzeugungssysteme die Ausnahme bilden, dürften die Wertekonflikte nicht

47 Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann, The Left-Right-Schema, in: M. Kent Jennings u.a., Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin/New York: de Gruyter 1990, S. 203-234, Zit. S. 229.

48 Jürgen R. Winkler: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 25-48; hier S. 30.

49 Eine ausführliche Beschreibung findet sich in Stöss (Anm. 38), S. 147 ff.

antagonistischer Natur sein. Sie bestehen wohl zumeist darin, welches relative Gewicht den beiden Werten jedes Wertepaares zukommt: Sollen Entscheidungen hinsichtlich der Gestaltung der politischen Ordnung eher an libertären oder eher an autoritären Zielvorstellungen ausgerichtet werden? Soll sich die Lösung von wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen eher am Grundwert soziale Gerechtigkeit oder eher am Grundwert Marktfreiheit orientieren?

Um die Position der Befragten im Werteraum zu bestimmen, wurden ihnen drei Fragebatterien vorgelegt, die sie nach dem **Rankingverfahren** zu beantworten hatten:

- (A) Ich nenne Ihnen jetzt vier politische Ziele. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches erscheint Ihnen am wichtigsten (am zweitwichtigsten, welches kommt an dritter Stelle)?
- weniger staatliche Regulierung der Wirtschaft
 - mehr direkte Demokratie
 - Ausbau der sozialen Sicherungssysteme
 - mehr Sicherheit und Ordnung
 - weiß nicht
 - k.A.
- (B) Ich nenne Ihnen jetzt vier politische Ziele. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches erscheint Ihnen am wichtigsten (am zweitwichtigsten, welches kommt an dritter Stelle)?
- mehr politische Stabilität und Kontinuität
 - mehr soziale Gleichheit
 - mehr Umweltschutz
 - mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt
 - weiß nicht
 - k.A.
- (C) Ich nenne Ihnen jetzt vier politische Ziele. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches erscheint Ihnen am wichtigsten (am zweitwichtigsten, welches kommt an dritter Stelle)?
- mehr Gleichberechtigung der Geschlechter
 - stärkere Förderung der Leistungsträger
 - mehr Vaterlandsliebe
 - Beseitigung der Armut
 - weiß nicht
 - k.A.

Aus diesen drei Batterien wurden die Variablen "Grundwert Soziale Gerechtigkeit" (**SOZGER**), "Grundwert Libertarismus" (**LIB**), "Grundwert Marktfreiheit" (**Markt**) und "Grundwert Autoritarismus" (**AUT**) gebildet. Sie umfassen jeweils die Werte Null ("kein") bis 12 ("Stark")⁵⁰. Für ver-

50 Zur Konstruktion und Validierung des Modells "Grundlegende politische Wertorientierungen" vgl. Anhang 82.

gleichende Potenzialanalysen wurde für jeden Grundwert noch eine (kumulierte) Tabellenversion erzeugt (**SOZGERKU**, **LIBKU**, **MARKTKU**, **AUTKU**), die von Null ("ohne") bis Drei ("hoch") reicht. Drei bedeutet, dass in allen drei Batterien der betreffende Grundwert an die erste Stelle gesetzt wurde, Zwei bedeutet, dass der betreffende Wert nur zwei Mal an die erste Stelle gesetzt wurde usw.

Rechtsextremismus (REXL) korreliert nur mit den Variablen der politischen, nicht aber mit denen der ökonomisch-sozialen Achse. Autoritäre Wertorientierungen begünstigen die Ausbreitung von Rechtsextremismus ziemlich stark ($r = 0,344$), libertäre Wertorientierungen behindern seine Ausbreitung, allerdings vergleichsweise schwach ($r = -0,191$). Folglich besteht auch kein Zusammenhang zwischen REXL und der ökonomisch-sozialen Achse (SOZMARKT), wohl aber zwischen REXL und der politischen Achse (LIBAUT): $r = 0,345$. Dieser Messwert ist identisch mit dem für autoritäre Wertorientierungen⁵¹.

43 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder befürworten den Grundwert **Soziale Gerechtigkeit** mittel bis stark, von den Nicht-Mitgliedern tun das nur 35 Prozent. Die prozentuale Abweichung der Organisierten von den Unorganisierten beträgt +23 Prozent, für diesen Grundwert gilt die allgemeine Spiegelbildthese also nicht. Zudem stellen wir einen deutlichen West-Ost-Unterschied fest: Die Ostdeutschen, Organisierte wie Unorganisierte, sind häufiger starke Befürworter von sozialer Gerechtigkeit als die Westdeutschen⁵².

Bei dem Wert **Marktfreiheit** unterscheiden sich Mitglieder und Nicht-Mitglieder ebenfalls erheblich: Erstere befürworten neoliberale Vorstellungen seltener als letztere, wobei die prozentuale Abweichung sogar -38 Prozent beträgt. Auch hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu, und wiederum besteht eine Ost-West-Differenz: Die "Wessis" neigen stärker zu Marktfreiheit als die "Ossis"⁵³. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die mittlere bis starke Zustimmung zu diesem Grundwert nicht sehr groß ausfällt (was übrigens auch für die beiden folgenden Werte gilt).

Libertarismus findet bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern gleich starken Anklang. Wir haben es folglich mit der Spiegelbildthese zu tun. Auch in diesem Fall ist der Ost-West-Unterschied

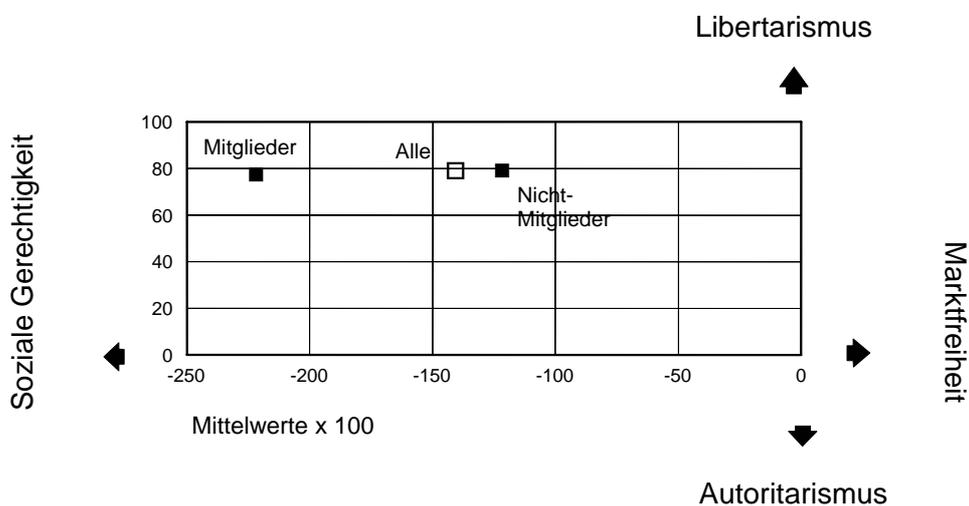
51 Zu den Achsen siehe Anhang 82.

52 Siehe Anhang 83.

53 Siehe Anhang 84.

beträchtlich. Auch auf den Grundwert **Autoritarismus** trifft die Spiegelbildthese zu. Der West-Ost-Gegensatz fällt hier freilich sehr maßvoll aus⁵⁴.

Grafik 3:
Die Wertorientierungen von Gewerkschaftsmitgliedern
und Nicht-Mitgliedern 2003



N=4008; Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus",
FUB - FB PolSoz; Datenerhebung: forsa; Finanzierung: OBS + HBS

Die Wertorientierungen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern differieren also nur auf den Vektoren der ökonomisch-sozialen Achse (Soziale Gerechtigkeit, Marktfreiheit), für die beiden anderen Vektoren (Libertarismus, Autoritarismus) gilt die Spiegelbildthese. Das Erkenntnisinteresse

54 Siehe Anhang 85 und 86.

unseres Modells besteht darin, vier als maßgeblich betrachtete Grundwerte im Zusammenhang zu analysieren. Grafik 3 zeigt die Position von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern im Werteraum. Nun offenbaren sich die Unterschiede zwischen Organisierten und Unorganisierten auch plastisch. Diese betreffen *nicht* die Achse Libertarianismus - Autoritarismus. Bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, also in der Bevölkerung insgesamt, sind libertäre Werte mächtiger als autoritäre. Der Vorrang ersterer ist zwar nicht überwältigend, aber doch deutlich. (Es sei daran erinnert, dass die entsprechenden Vektorwerte miteinander verrechnet werden.) Mitglieder und Nicht-Mitglieder besetzen allerdings verschiedene Positionen auf der ökonomisch-sozialen Achse. Das arithmetische Mittel (x 100) beträgt -222 für Organisierte und -126 für Unorganisierte.

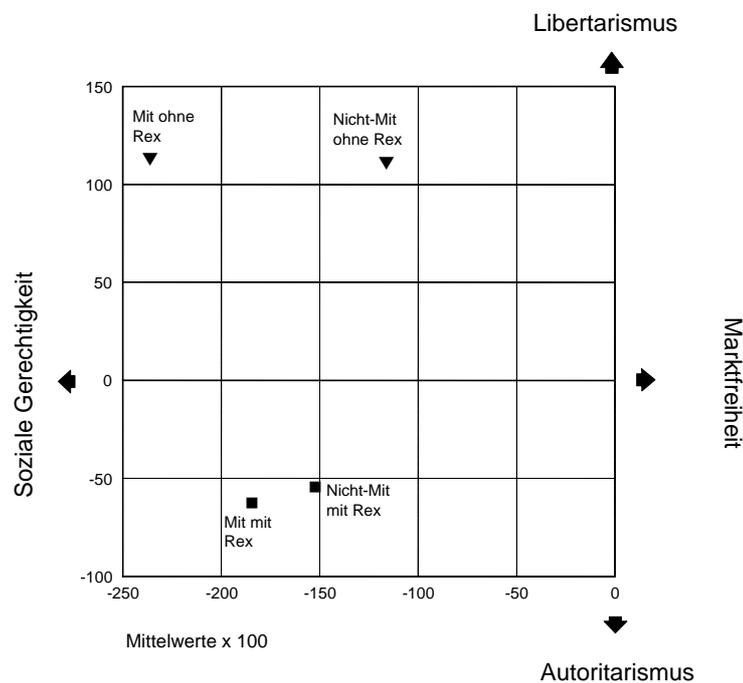
Das bedeutet zunächst einmal, dass in der Bevölkerung generell soziale Orientierungen wesentlich ausgeprägter sind als neoliberale. Bei Gewerkschaftsmitgliedern ist die durchschnittliche Differenz von SOZGER und MARKT allerdings fast doppelt so groß wie bei Nicht-Mitgliedern. Mitglieder und Nicht-Mitglieder unterscheiden sich also nicht hinsichtlich ihrer politischen, sondern hinsichtlich ihrer ökonomisch-sozialen Grundüberzeugungen. Hier trifft die Spiegelbildthese nicht zu: **Organisierte befürworten wesentlich häufiger den Grundwert soziale Gerechtigkeit als Unorganisierte.** Aber gerade dieser Wertekonflikt ist unerheblich für die Erklärung von Rechtsextremismus: Wie erwähnt, korrelieren SOZGER und MARKT nicht mit REXL.

Umgekehrt besteht bei dem politischen Wertegegensatz, der maßgeblich für die Ausprägung von Rechtsextremismus ist (Libertarismus - Autoritarismus), kein Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten. Gewerkschaftsmitglieder unterscheiden sich von Nicht-Mitgliedern nicht etwa dadurch, dass sie sich primär von demokratischen, postmaterialistischen oder anti-autoritären Werten leiten lassen und wehren Rechtsextremismus daher auch nicht besonders ab. Für sie stehen eben - wie für die Bevölkerung insgesamt - die "bread and butter" - Fragen im Vordergrund und daher stellen sie auch in dieser Hinsicht ein Spiegelbild der Gesellschaft dar.

Der **West-Ost-Vergleich** der Positionen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern im Wertefeld (Grafik im Anhang 87) bestätigt, dass sich Organisierte und Unorganisierte nur hinsichtlich ihrer ökonomisch-sozialen Grundüberzeugungen unterscheiden. Die Gewerkschaftsmitglieder in West und Ost sprechen sich häufiger für soziale Gerechtigkeit aus als die Nicht-Mitglieder in beiden Landesteilen. Der Ost-West-Unterschied besteht darin, dass die "Wessis" durchschnittlich libertärer als die "Ossis" eingestellt sind, dafür aber weniger Wert auf soziale Gerechtigkeit

legen. Und es besteht noch ein weiterer Unterschied: Die Wertorientierungen von Organisierten und Unorganisierten liegen im Osten dichter bei einander als im Westen. Die der Ostdeutschen sind also homogener als die der Westdeutschen⁵⁵. Die Wertorientierungen der Ost-Gewerkschafter unterscheiden sich stärker von denen der West-Gewerkschafter (Distanz: 90) als von denen der Unorganisierten im Osten (Distanz: 66). Die Grundüberzeugungen der West-Gewerkschafter liegen näher an denen der Unorganisierten im Osten (Distanz: 64) als an denen der Organisierten im Osten (Distanz: 90). Dass das rechtsextreme Einstellungspotenzial in Ostdeutschland größer ist als in Westdeutschland, liegt unter anderem also daran, dass die Ostdeutschen auf der für die Ausbreitung des Rechtsextremismus maßgeblichen politischen Konfliktachse weniger libertär und stärker autoritär geprägt sind als die Westdeutschen.

Grafik 4:
 Die Wertorientierungen von rechtsextremen und nicht rechtsextremen
 Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern 2003



N=4008; Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus",
 FUB - FB PolSoz; Datenerhebung: forsa; Finanzierung: OBS + HBS

55 Die genauen Distanzen können Anhang 88 entnommen werden.

Grafik 4 zeigt, dass der Unterschied zwischen rechtsextremen und nicht-rechtsextremen Befragten im Werteraum, unabhängig davon, ob sie organisiert sind oder nicht, im politischen Konfliktbereich liegt. Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus hängt bei Organisierten wie Unorganisierten nur minimal von ihrer Position auf der ökonomisch-sozialen Konfliktachse ab. Entscheidend sind autoritäre Neigungen bzw. die Geringschätzung von libertären Werten. Umgekehrt sind Befragte mit starken Präferenzen für libertäre Konzepte nahezu immun gegen Rechtsextremismus.

Betrachtet man die Positionen der Mitglieder ausgewählter Gewerkschaften im Wertefeld, dann wird deutlich, dass die Grundüberzeugungen zwischen den Gewerkschaften variieren, nicht nur auf der ökonomisch-sozialen, sondern auch auf der politischen Achse⁵⁶. Wenn die Organisierten differenzierter betrachtet werden, offenbaren sich also durchaus auch Unterschiede auf der für die Ausprägung des Rechtsextremismus bedeutsamen Libertarismus-Autoritarismus-Achse.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Gewerkschaftsmitglieder bezüglich des ökonomisch-sozialen Wertekonflikts kein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen, wohl aber bezüglich des politischen Wertekonflikts. **Dass Organisierte und Unorganisierte gleichermaßen anfällig für Rechtsextremismus sind, beruht darauf, dass der ökonomisch-soziale Wertekonflikt keine Bedeutung für die Ausbreitung von Rechtsextremismus hat.** Maßgeblich dafür ist der politische Wertekonflikt, bei dem sich allerdings die Positionen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern nicht unterscheiden.

3.6 Zwischenfazit zu Persönlichkeitseigenschaften

Auf fünf der bislang untersuchten Prädiktoren für Rechtsextremismus trifft die Spiegelbildthese zu: autoritäre Persönlichkeit (ASKO), Leistungsorientierung, politisches Selbstbewusstsein (EFFIINT), libertäre Wertorientierungen und autoritäre Wertorientierungen. Sie gilt nicht für politische Apathie (Unorganisierte sind apathischer als Organisierte), für den Grundwert soziale Gerechtigkeit (Organisierte sind sozialer eingestellt als Unorganisierte) und für den Grundwert Marktfreiheit (Unorganisierte sind neoliberaler orientiert als Organisierte).

Vier der Prädiktoren korrelieren positiv mit Rechtsextremismus: ASKO, Leistungsorientierung, politische Apathie und autoritäre Wertorientierungen. Ein negativer Zusammenhang besteht zwischen Rechtsextremismus und politischem Selbstbewusstsein sowie libertären Wertorientie-

56 Siehe Anhang 89 (teilweise geringe Fallzahlen).

rungen. Keine statistische Beziehung zu Rechtsextremismus findet sich bei sozialer Gerechtigkeit und Marktfreiheit. Untereinander korrelieren die Prädiktoren nur ausnahmsweise: Ein starker negativer Zusammenhang prägt - wenig verwunderlich - das Verhältnis von politischem Selbstbewusstsein und politischer Apathie. Schwach positiv sind ASKO und autoritäre Wertorientierungen miteinander assoziiert. (Dass dieser Zusammenhang nur mäßig ausfällt, bestärkt uns in der Überzeugung, dass Persönlichkeitseigenschaften und Wertorientierungen separat analysiert werden sollten.)

Insgesamt erklären die Prädiktoren für alle Befragten 32 Prozent der Varianz der Rechtsextremismus-Skala REXL, wobei kein Unterschied zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern besteht (Organisierte 32%, Unorganisierte 33%). Ein Vergleich der Beta-Werte⁵⁷ der Regression der Prädiktoren auf REXL verweist allerdings auf interessante Differenzierungen: Bei den Unorganisierten haben die autoritäre Persönlichkeit (ASKO) und autoritäre Wertorientierungen den größten Einfluss auf REXL. Es folgen Leistungsorientierung und politische Apathie. Die übrigen Prädiktoren sind (in diesem Kontext) vergleichsweise bedeutungslos. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern überragt die Erklärungskraft von ASKO für REXL, autoritäre Wertorientierungen spielen eine nachgeordnete Rolle. Auch Leistungsorientierung und politische Apathie sind von mäßigem Effekt.

4. Bewertungen gesellschaftlicher Zustände

In diesem Abschnitt befassen wir uns mit Prädiktoren für Rechtsextremismus, die auf die Bewertung von ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Zuständen zielen. Sie speisen sich aus den Erklärungsfaktoren, die sich auf die **Politische Kultur** beziehen, und aus denen, die die von den Individuen in Folge von gesellschaftlichen Umbrüchen, sozialem Wandel oder Modernisierungen zu bewältigenden **Probleme** zum Gegenstand haben. Letzteres aber nur insoweit, als die Probleme nicht unmittelbar Bestandteil des sozio-ökonomischen Status sind und bereits in Kapitel C abgehandelt worden sind⁵⁸, insoweit sie also subjektive Bewertungen enthalten.

57 Der Koeffizient Beta gibt den (standardisierten) Effekt einer unabhängigen Variable auf eine abhängige (hier: REXL) an.

58 Siehe dazu oben Kap. A 3.2 sowie die Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen", S. 47.

4.1 Links-Rechts-Selbsteinstufung

Die "generelle politische Orientierung" einer Person lässt sich besonders gut anhand der Selbstplatzierung auf einer Links-Rechts-Skala bestimmen⁵⁹. Fuchs und Kühnel bezeichnen das Links-Rechts-Schema daher mit Recht als ein "Super-Issue":

"Das Links/Rechts-Schema ist ein effizienter Mechanismus der Vereinfachung komplexer politischer Sachverhalte durch symbolische Generalisierung. Die Herausbildung solcher abstrakter Mechanismen ist vor allem in differenzierten politischen Systemen ein funktionales Erfordernis zur Orientierung und Kommunikation der Bürger in der politischen Welt."⁶⁰

Nach Fuchs und Klingemann⁶¹ hat das Schema eine Vielzahl von Bedeutungen, die stark von den vorherrschenden Konflikten in einer Gesellschaft abhängen. In Westeuropa seien diese Konflikte hauptsächlich sozialstruktureller und religiöser Natur. Da es sich bei der ideologischen Selbstidentifikation um ein hoch generalisiertes Konzept handelt, bietet die Literatur eine Fülle von "theories about the irrelevance, persistence, transformation and pluralisation of the meaning of left and right"⁶².

Dass die These von der Pluralisierung die größte Unterstützung findet, sollte für unsere Belange eigentlich unerheblich sein. Uns geht es um zwei Fragen, die in der Literatur allenfalls am Rande behandelt werden. Erstens: Zeichnen sich Gewerkschaftsmitglieder - wie vermutet - durch eine besonders linke Selbsteinstufung aus? Und zweitens: Ist das Links-Rechts-Schema sensibel für rechtsextreme Einstellungen? Immunisiert eine linke Selbstidentifikation gegen Rechtsextremismus?

Die Links-Rechts-Selbsteinstufung wurde wie üblich mit folgender Frage erhoben:

LIRE Viele Leute verwenden die Begriffe Links und Rechts, wenn es darum geht, unterschiedliche Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf einer Skala zwischen 1 und 10 einstufen? 1 bedeutet links, und 10 bedeutet rechts.

59 Manfred Küchler: Xenophobie im internationalen Vergleich, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 248-262, Zit. S. 259.

60 Dieter Fuchs/Steffen M. Kühnel: Die evaluative Bedeutung ideologischer Selbstidentifikation, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987, Opladen: Westdeutscher Verlag 1990, S. 217-252, Zit. S. 217.

61 Fuchs/Klingemann (Anm. 47).

62 Vgl. z.B. Oddbjørn Knutsen: Value Orientations, Political Conflicts and the Left-Right Identification, in: European Journal of Political Research, 27. Jg. (1995), H. 5, S. 63-93.

Die Skala reicht von Eins bis Zehn. Für Tabellen wurde eine Kurzfassung erzeugt:

LIRE4 Links (Werte 1-3)

Mitte-Links (Werte 4-5)

Mitte-Rechts (Werte 6-7)

Rechts (Werte 8-10)

Die Rechtsextremismus-Skalen korrelieren schwach positiv mit LIRE. Je rechter sich die Befragten einstufen, desto mehr neigen sie auch zu rechtsextremen Einstellungen. Der Zusammenhang fällt freilich nicht so stark aus, dass die ideologische Selbstidentifikation als Ersatz für eine Rechtsextremismus-Skala herhalten könnte. Die ideologische Selbstidentifikation ist nur mäßig sensibel für extrem rechte, aber - wie sich zeigen wird - überhaupt nicht sensibel für extrem linke Positionen. Sie dient wohl vor allem der ideologischen Verortung im "normalen" oder "mittigen" politisch-ideologischen Spektrum. Gleichwohl wehrt eine linke Selbsteinstufung Rechtsextremismus in gewissem Umfang ab. Das zeigt sich auch bei den Rechtsextremismus-Anteilen an den vier LIRE-Gruppen:

	REXPOT
Links	11
Mitte-Links	18
Mitte-Rechts	22
Rechts	44

Immerhin elf Prozent der Linken und nur 44 Prozent der Rechten sind rechtsextrem eingestellt. Bei der ideologischen Selbstidentifikation des rechtsextremen Einstellungspotenzials bezeichnen sich 12 Prozent der Rechtsextremen als links und ganze 17 Prozent als rechts. Über die Hälfte der Befragten ordnet sich in der linken Mitte ein:

	Links	Mitte-Links	Mitte-Rechts	Rechts
REXPOT	12	52	19	17

Gewerkschaftsmitglieder stufen sich häufiger links und seltener rechts ein als Nicht-Mitglieder. Als links bezeichnen sich 24 Prozent der Organisierten, aber nur 19 Prozent der Unorganisierten. In den beiden ideologischen Mittelgruppen besteht freilich kein Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten⁶³. Insoweit sich in der Mitgliedschaft deutlich mehr Linke und weniger Rechte als bei den Nicht-Mitgliedern befinden, kann die Spiegelbildthese zurück ge-

63 Siehe Anhang 90.

wiesen werden. Bei den Mittelwerten macht sich dies nicht so deutlich bemerkbar, weil sich die Befragten sehr ungleichmäßig über die vier ideologischen Gruppen verteilen. Weiterhin besteht ein deutlicher West-Ost-Gegensatz: Die Ostdeutschen sind wesentlich linker und weniger rechts eingestellt als die Westdeutschen. Die Differenz ist bei den Nicht-Mitgliedern noch auffälliger als bei den Mitgliedern.

Insgesamt weicht die ideologische Selbstidentifikation der Gewerkschaftsmitglieder jedoch nicht so massiv von der der Unorganisierten ab, dass sie ohne weiteres als zentrales Merkmal einer typischen gewerkschaftlichen Mentalität anzusehen wäre. Möglicherweise ist die "Pluralisierung" der Bedeutung von links und rechts dafür verantwortlich, dass die Links-Rechts-Selbsteinstufung nicht zu einer wirklich überzeugenden Trennung von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern führt.

Für die folgenden empirischen Analysen werden wir LIRE auch zu **RELI (Rechts-Links-Selbsteinstufung)** umpolen, wenn es um den Einfluss von linksgerichteten Orientierungen auf Rechtsextremismus geht.

4.2 Orientierungen gegenüber der Demokratie

Einer klassischen Definition zur Folge handelt es sich beim Rechtsextremismus um antidemokratisches Denken⁶⁴. Die positive Bewertung der Demokratie sollte daher Rechtsextremismus abwehren, zumal demokratische Orientierungen zum "politischen Repertoire"⁶⁵ zählen dürften, weil sie die Unterstützung demokratischer Regime signalisieren. Unzufriedenheit mit oder sogar Ablehnung der Demokratie sollten dagegen die Entstehung und Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen.

Bei der Evaluierung von Demokratie werden zumeist drei Objektebenen unterschieden⁶⁶:

- die **Werteebene** bezieht sich auf die Idee der Demokratie schlechthin und auf allgemeine Normen zu ihrer Ausgestaltung;

64 Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München: Piper 1962; 1968 erschien eine Studienausgabe unter dem Titel: Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik.

65 Max Kaase und Alan Marsh (Political Action. A Theoretical Perspective, in: Samuel H. Barnes u.a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage 1979, S.27-56, Zit. S. 39) sprechen von "political repertory", womit "the sum of all political skills an individual has acquired through vicarious reinforcement and imitative learning" gemeint ist.

66 Niedermayer (Anm. 13), S. 80 ff.

- die **Strukturebene** bezieht sich auf die verfassungsmäßig festgelegte Demokratieform eines Landes (Verfassungsanspruch);
- die **Performanzebene** bezieht sich auf den Zustand und das Funktionieren der Demokratie in einem Land (Verfassungswirklichkeit).

Unsere Fragen zur Demokratie lauten:

- DEMO_1 Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen?
- DEMO_2 Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist?
- DEMO_3 Und was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es tatsächlich funktioniert?
- DEMO_4 Jeder Bürger sollte das Recht haben, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen.
- DEMO_5 Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.
- DEMO_6 Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.
- DEMO_7 Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.
- DEMO_8 Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet (neg).
- DEMO_9 Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen (neg).
- DEMO_10 Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des Einzelnen stehen (neg).

DEMO_1 bezieht sich auf die Werteebene, DEMO_2 auf die Strukturebene und DEMO_3 auf die Performanzebene. Diese drei Items dienen zumeist zur Messung der Unterstützung von Demokratie bzw. von Demokratiezufriedenheit⁶⁷. DEMO_4 bis DEMO_10 enthalten normative Aussagen über die Ausgestaltung der Demokratie, die der Skala von Kaase entnommen sind⁶⁸.

67 Niedermayer (Anm. 13). Vgl. auch Oscar W. Gabriel: Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 41-77 (mit Befragungsinstrumenten, S. 71 ff.); Dieter Fuchs: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 81-113.

68 Max Kaase & Wilhelm Bürklin (1999): Demokratie-Skala, in: Angelika Glöckner-Rist & Peter Schmidt (Hrsg.): ZUMA-Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente, Version 4.0, Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen. - Die Formulierung des Statements von DEMO_4 lautet bei Kaase: "Jeder Bürger hat das Recht, ...". Das Statement "Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Ge- (Forts. nächste Seite)

Nach Bürklin messen DEMO_4 und DEMO_5 "offensive Partizipation", DEMO_6 und DEMO_7 "Regelverständnis" und DEMO_8 "Konfliktverständnis". Die Variablen DEMO_9 und DEMO_10 konnte Bürklin keinem Cluster zuordnen⁶⁹.

DEMO_1, DEMO_2 und DEMO_3 sind bei einer Faktorenanalyse durch eine gemeinsame Hintergrundvariable geprägt, die sich offenbar auf die strukturelle Dimension politischer Orientierungen, auf die politische Ordnung insgesamt bezieht. Die drei Variablen werden daher zu dem Index **DEMOS "Bewertung der Demokratie als System"** zusammengefasst, der über folgende Ausprägungen verfügt:

Antidemokraten sind gegen die Idee der Demokratie und mit der Verfassungsordnung und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden;

systemkritische Demokraten sind zwar für die Idee der Demokratie, mit der Verfassungsordnung und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik aber unzufrieden;

politikkritische Demokraten sind für die Idee der Demokratie und mit der Verfassungsordnung der Bundesrepublik zufrieden, mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik aber unzufrieden;

zufriedene Demokraten sind für die Idee der Demokratie und mit der Verfassungsordnung und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden.

Korrelationsanalysen zeigen, dass die drei Variablen positiv miteinander assoziiert sind, aber auch unterschiedliche Sachverhalte messen. Der stärkste Zusammenhang besteht zwischen der Beurteilung der Strukturebene (Verfassungsanspruch) und der Performanzebene (Verfassungswirklichkeit). Die Beurteilung der Werteebene (Idee der Demokratie) ist vergleichsweise unabhängig von der Beurteilung der beiden anderen Ebenen. Der zweite Faktor, der sich bei der Faktorenanalyse ergibt, steht für normative Demokratievorstellungen oder -konzepte. Dass DEMO_4 und DEMO_5 (wie Bürklin vermutet) "offensive Partizipation" bedeuten, muss bezweifelt werden. Zum einen handelt es sich bei "offensiver Partizipation" wohl kaum um eine demokratische Norm, sondern eher um eine Variante von Partizipation. Zum anderen enthalten beide Statements den Begriff "Recht". Es geht offenbar um demokratische Rechte, und zwar jedes einzelnen Menschen. Daher empfiehlt sich die Bezeichnung "individuelle demokratische Rechte". DEMO_6 und DEMO_7 könnten nach Bürklin durchaus als (auf das System bezogenes) "Regelverständnis" bezeichnet werden. Wenn eine Faktorenanalyse ohne DEMO_1, DEMO_2

sellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl" ist in ähnlicher Form Bestandteil der Rechtsextremismus-Skala (DIKTA_3) und konnte hier deshalb nicht berücksichtigt werden. Auf das Statement "In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen" wurde verzichtet, weil wegen der Verwendung des unbestimmten Begriffs Gewalt unklar ist, was damit gemessen wird.

69 Kaase/Bürklin (Anm. 68).

und DEMO_3 gerechnet wird, ergibt sich wiederum eine Dreierlösung, wobei jetzt die individuellen demokratischen Rechte und das Regelverständnis je einen Faktor und DEMO_8, DEMO_9 und DEMO_10 den dritten Faktor bilden. Die Variablen DEMO_8, DEMO_9 und DEMO_10 zielen ebenfalls auf normative Demokratiekonzepte. Dass sie dennoch einen eigenen Faktor bilden, dürfte daran liegen, dass sie in der ursprünglichen Polung eine etatistische bzw. antipluralistische Sicht von Demokratie signalisieren. Wir sprechen daher von einem "restriktiven Demokratieverständnis". Als Konsequenz (auch weiterer Analysen, die hier nicht dargelegt werden) ergibt sich, dass folgende drei Demokratie-Indizes aussichtsreich zu verwenden sind:

DEMOS: **Bewertung der Demokratie als System;** zur Konstruktion siehe oben; wir werden in diesem Zusammenhang auch von **Demokratiezufriedenheit** sprechen.

DEMOK: **Bewertung normativer Demokratiekonzepte;** Index aus den Variablen DEMO_4 bis DEMO_10, wobei DEMO_8 bis DEMO_10 umgepolt wurden; wir werden im Zusammenhang mit diesem Index auch von **demokratischen Orientierungen** sprechen.

DEMOR: **restriktives Demokratieverständnis;** Index aus DEMO-8 bis DEMO_10.

Einige ausgewählte Belege für die Konstruktvalidität: DEMOS und DEMOK korrelieren im Schnitt ziemlich stark positiv, DEMOR negativ mit den Rechtsextremismus-Skalen. Wie zu erwarten war, handelt es sich beim Rechtsextremismus um eine antidemokratische Weltsicht. Weiterhin sollten demokratische Orientierungen nicht von der Links-Rechts-Selbsteinstufung abhängig sein. Die Daten bestätigen das. Politisches Interesse sollte mit demokratischen Orientierungen positiv korrelieren. Einen ziemlich starken Zusammenhang finden wir mit DEMOS, einen schwachen mit DEMOK und einen sehr schwachen - negativen - mit DEMOR. ASKO sollte negativ mit DEMOS und DEMOK, positiv mit DEMOR korrelieren. Das trifft auch zu, bis auf DEMOS: Die Bewertung der Demokratie als System steht offenbar - und überraschenderweise - in keinem Zusammenhang mit autoritären Persönlichkeitsstrukturen. Insgesamt bestätigt die Konstruktvalidierung, dass die drei Indizes im Großen und Ganzen das messen, was sie messen sollen. Die Prognosen haben sich zwar nicht in dem erwarteten Umfang bestätigt. Die Abweichungen erscheinen allerdings plausibel und sind daher akzeptabel.

Wenn bei den Indizes DEMOK und DEMOR die Schnittstelle zur vergleichenden Potenzialbestimmung auf das arithmetische Mittel gelegt würde, betrügen die Einstellungspotenziale 63 Prozent bzw. 64 Prozent. Um eine akzeptable Trennschärfe zu gewährleisten, werden wiederum kumulierte Indizes gebildet: **DEMOKK** besteht aus sieben Statements und reicht daher von Null bis Sieben, je nachdem, wie viele Statements befürwortet werden. **DEMORK** umfasst drei Statements und reicht folglich von Null bis Drei.

Bei der **Bewertung der Demokratie als System** machen sich einige Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern bemerkbar: Während nur zwei Prozent der Organisierten als Antidemokraten identifiziert wurden, sind es bei den Unorganisierten mehr als doppelt so viele, nämlich fünf Prozent. 38 Prozent der Mitglieder, aber nur 33 Prozent der Nicht-Mitglieder erweisen sich als politikkritisch (oder politikverdrossen), und 38 Prozent der Mitglieder und sogar 41 Prozent der Nicht-Mitglieder können als zufriedene Demokraten bezeichnet werden. Insgesamt erscheinen die Differenzen zwischen Organisierten und Unorganisierten aber nicht so groß, dass die Spiegelbildthese widerlegt werden würde. Der Ost-West-Unterschied fällt teilweise etwas deutlicher aus: Das gilt für die systemkritischen Demokraten, die im Osten (bei Organisierten und Unorganisierten) doppelt so häufig anzutreffen sind wie im Westen. Umgekehrt sind die "Wessis" wesentlich zufriedener mit der Demokratie als die "Ossis"⁷⁰

Bezüglich der Verbreitung von **demokratischen Orientierungen** bestehen keine nennenswerten Unterschiede zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Hier gilt ebenfalls die Spiegelbildthese. Bei den Befragten mit starken demokratischen Orientierungen macht sich eine deutliche West-Ost-Differenz bemerkbar: Diese Gruppe ist unter Westdeutschen häufiger anzutreffen als unter Ostdeutschen. Auch für das **restriktive Demokratieverständnis** gilt die Spiegelbildthese. Und auch hier stoßen wir wieder auf das West-Ost-Gefälle: Die neuen Bundesbürger haben häufiger restriktive Ordnungsvorstellungen als die alten⁷¹.

Zusammenfassend dämmen DEMOS (Demokratiezufriedenheit) und DEMOK (demokratische Orientierungen) Rechtsextremismus eher ein, während DEMOR (restriktives Demokratieverständnis) der Ausbreitung von Rechtsextremismus eher Vorschub leistet. DEMOR könnte auch ein Indikator für etatistischen, antipluralistischen Konservatismus sein. Für alle drei Prädiktoren gilt die allgemeine Spiegelbildthese.

4.3 Sozialistische Orientierungen

Es entspricht der landläufigen Auffassung, dass es sich beim Sozialismus geradezu um das Gegenteil von Rechtsextremismus handelt, dass Personen mit sozialistischen Orientierungen immun gegen Rechtsextremismus sind. Erste empirisch abgesicherte Anzeichen dafür, dass

70 Siehe Anhang 91.

71 Siehe Anhang 92 und 93.

dies nicht der Realität entspricht, lieferte eine Untersuchung aus dem Jahr 2001⁷². Sie konnte den Nachweis erbringen, dass ein positiver statistischer Zusammenhang zwischen rechtsextremen und altsozialistischen Einstellungen besteht.

In der Literatur finden sich kaum Vorlagen für eine Sozialismus-Skala. Einer vor 20 Jahren vom Institut für Demoskopie Allensbach für das Bundesministerium des Innern durchgeführten Extremismus-Studie lag eine Linksextremismus-Skala⁷³ zu Grunde, die vor allem auf Gewaltbereitschaft abhob. Abgesehen einmal davon, dass die Statements heute nicht mehr aktuell sind, liegen auch kaum theoretische und statistische Informationen über das Messinstrument vor. Anlässlich der Bundestagswahl 1994 arbeiteten Falter und Klein mit einer "Skala zur Messung sozialistischer Vorstellungen"⁷⁴, die im DFG-Projekt "Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland"⁷⁵ (Deutsche Nationale Wahlstudie, DNW) Verwendung fand. Die Skala umfasste sechs Statements:

- Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.
- Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.
- Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
- Die Arbeiter werden bei uns immer noch ausgebeutet.
- Die Länder der Dritten Welt werden von den Industrieländern rücksichtslos ausgeplündert.

Die letzten drei Statements benutzt Deinert als "Sozialismus-Index"⁷⁶.

Für den "Berlin-Brandenburg-BUS 2002", einer periodischen Bevölkerungsbefragung in der Region⁷⁷, bemühten sich Stöss und Niedermayer um ein theoretisch fundiertes Messinstrument.

72 Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, Berlin, April 2001.

73 Elisabeth Noelle-Neumann/Erp Ring: Das Extremismus-Potenzial unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984, Bonn: Der Bundesminister des Inneren 1984, S. 32.

74 Jürgen W. Falter/Markus Klein: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1994, B 51-52, S. 22-34, hier S. 31.

75 Katja Neller/Oscar W. Gabriel: Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland: Die Deutsche Nationale Wahlstudie 1998, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden 2000, S. 542-563; Katja Neller: Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland 1994 und 1998, in: ZA-Informationen 47, November 2000, S. 29-35; Oscar W. Gabriel/Katja Neller: Einleitung: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 9-38.

76 Rudolf Günter Deinert: Institutionenvertrauen, Demokratiezufriedenheit und Extremwahl. Ein Vergleich zwischen westdeutscher Rechts- und ostdeutscher PDS-Wahl, St. Augustin: Gardez!-Verlag 1997, S. 177.

Sozialismus-Statements sollten sich in struktureller Hinsicht weniger auf Institutionen und Verfahrensregeln, sondern vor allem auf die wirtschaftliche und politische Ordnung insgesamt sowie auf die Verfasstheit der (Welt-)Gesellschaft schlechthin beziehen. Sie sollen - mittelbar oder unmittelbar - entsprechende wert- oder normenbezogene Evaluierungen oder auch Gesamtbewertungen messen. Beide Autoren gingen davon aus, dass es sich beim Sozialismus um einen Gesellschaftsentwurf handelt, der sich gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen Faschismus, Konservatismus, Liberalismus und Kommunismus richtet. Eine positive Bestimmung des Begriffs sei wegen der Vielfalt der Sozialismusvorstellungen nicht möglich⁷⁸. Als Dimensionen des Einstellungssyndroms wurden Anti-Kapitalismus, Anti-Imperialismus und Anti-Faschismus angenommen, wobei jeweils zwischen der Wahrnehmung der kapitalistischen Gesellschaft aus sozialistischer Perspektive und sozialistischen Zielen unterschieden wurde. Auf die Wahrnehmungsebene beziehen sich die Behauptungen, dass die Bundesrepublik nach wie vor eine Klassengesellschaft sei, dass der Kapitalismus antidemokratisch sei und zum Faschismus tendiere und dass der US-amerikanische Imperialismus den Weltfrieden mehr bedrohe als andere Staaten, Regime oder Ideologien. Als Ziele wurden die Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftsunternehmen, eine Klassenpartei der Arbeiter, das Machtgleichgewicht von Arbeit und Kapital sowie das Ende der Ausplünderung der Dritten Welt genannt. Schließlich fand noch eine allgemeine Dimension Berücksichtigung, die als "generalisierte Zustimmung zur Idee des Sozialismus" bezeichnet wurde (Statement 6). Die Statements lauten:

1. Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
2. Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.
3. Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
4. Die Bundesrepublik entwickelt sich immer mehr zu einem faschistischen Staat.
5. Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.
6. Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
7. Was uns fehlt, ist eine wirklich linke Partei, die konsequent die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.
8. In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen Besitzenden und Arbeitenden. Die persönliche Stellung hängt davon ab, ob man zu der oberen oder unteren Klasse gehört.

77 Genauere Informationen unter: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/BROSCH95.DOC> . Die Ergebnisse der Befragung von 2002 liegen nur als Internet-Versionen vor: Oskar Niedermayer/Richard Stöss: Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg, Arbeitspapier, Juli 2002, 28 S.; Richard Stöss: Politische Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, Arbeitspapier, Juli 2002, 77 S.; beide: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#BBBUS2002>.

78 Vgl. dazu die Beiträge von Detlef Lehnert und Peter v. Oertzen in: Lexikon des Sozialismus, hrsg. v. Thomas Meyer u.a., Köln: Bund-Verlag 1986, S. 561-564, 564-567.

9. Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben genau so viel zu sagen haben, wie die Unternehmer.

Faktorenanalysen ergaben, dass die Statements kein konsistentes Einstellungsmuster abbilden. Die Items Nr. 5, 6 und 8 erzwangen vielmehr einen zweiten Faktor gegenüber den übrigen Items, die zu dem Index "traditionalistischer Sozialismus" zusammengefasst wurden. Dieser Index misst nach Auffassung der Autoren Orientierungen, die der Mentalität der Anhänger von Parteien wie der SED, der SEW oder der DKP, also der Verfechter des seinerzeitigen "real existierenden Sozialismus" entsprechen. Die Statements, die auf dem zweiten Faktor hoch laden, wurden zu dem Index "gemäßigter Sozialismus" zusammengefasst.

Bei der Ausarbeitung des Fragebogens haben wir uns an den Überlegungen von Stöss und Niedermayer orientiert. Auf der Basis einer Sekundärauswertung ihrer Daten (und der DNW-Daten 1998) sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass Sozialismus tatsächlich kein geschlossenes Einstellungsmuster darstellt, sondern im wesentlichen zwei Dimensionen umfasst, nämlich traditionelle Orientierungen und solche, die eher der globalisierungskritischen bis - feindlichen "ATTAC-Mentalität" entsprechen. Zudem dürfte die "generalisierte Zustimmung zur Idee des Sozialismus" auch Einstellungen erfassen, die den Staatssozialismus der DDR ablehnen. Wir haben daher ein Statement aufgenommen, das (negativ gepolt) auch die Zustimmung zum damaligen "real existierenden Sozialismus" erfasst (SOZ_10). Das Statement Nr. 9 wurde nicht berücksichtigt, weil es nicht auf die wirtschaftliche und politische Ordnung insgesamt sondern auf die industriellen Beziehungen gerichtet ist. Wir haben es in die Batterie zum gewerkschaftlichen "belief system" aufgenommen.

Die Statements unserer Umfrage lauten:

- SOZ_1 Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- SOZ_2 Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.
- SOZ_3 Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
- SOZ_4 Faschistische Tendenzen haben in der Bundesrepublik ein bedrohliches Ausmaß angenommen.
- SOZ_5 Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.
- SOZ_6 Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
- SOZ_7 In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.
- SOZ_8 Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen.
- SOZ_9 Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit.
- SOZ_10 Die Vergangenheit zeigt, dass sich Sozialismus nicht verwirklichen lässt (neg).

Auch in unserem Datensatz korrelieren die Variablen zumeist kaum miteinander. Die Faktorenanalyse ergibt statistisch und inhaltlich kein klares Bild. **Beim Sozialismus handelt es sich offenbar tatsächlich nicht um ein mehr oder minder konsistentes Einstellungsmuster.** Sieht man einmal von den statistischen Kennziffern ab, dann haben wir es aber durchaus mit zwei erkennbaren Dimensionen zu tun: SOZ_5, SOZ_8 und SOZ_9 beziehen sich auf die Globalisierung. Sie laden auf dem ersten Faktor hoch, freilich gemeinsam mit SOZ_2 (US-Imperialismus), SOZ_4 (faschistische Tendenzen) und SOZ_7 (Klassengegensätze). Diese Statements waren allerdings auf traditionellen Sozialismus gemünzt, wozu auch SOZ_1 (Verstaatlichung) und SOZ_3 (Demokratie ohne Kapitalismus) zu zählen sind, die allerdings auf dem zweiten Faktor hoch laden. Bei der Reliabilitätsanalyse erweist sich die Konsistenz der zehn Variablen als mäßig. Cronbachs Alpha beträgt 0,6188, ohne SOZ_10 immerhin 0,6639, was bei der Anzahl der Variablen aber immer noch unbefriedigend ist.

Wir haben uns daher pragmatisch für folgende Lösung entschieden: Auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Statements hat Sozialismus zwei hauptsächliche Dimensionen: "Globalisierungskritik" und "traditionalistischer Sozialismus" (als mögliche Bezeichnung wurde auch "Kapitalismuskritik" diskutiert). Während traditionalistischer Sozialismus ein alternatives Gesellschaftsmodell zum Kapitalismus anstrebt, zielt Globalisierungskritik auf einen speziellen Entwicklungsaspekt des Kapitalismus, ohne dass sich mit den Statements notwendigerweise eine Fundamentalkritik am Kapitalismus verbindet. Die übrigen Statements kennzeichnen weitere Dimensionen von Sozialismus, die freilich keine Cluster bilden und daher unberücksichtigt bleiben.

Für die Analysen wurden folglich zwei Indizes gebildet:

- **TRADSOZ** umfasst die Variablen SOZ_1, SOZ_3 und SOZ_7 und steht für **traditionalistischen Sozialismus** (als Adjektiv verwenden wir auch "altsozialistisch"):
 - Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
 - Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
 - In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.
- **SOZGLO** umfasst die Variablen SOZ_5, SOZ_8 und SOZ_9 und steht für **Globalisierungskritik**:
 - Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.
 - Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen.
 - Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit.

Traditionalistischer Sozialismus und Globalisierungskritik korrelieren ziemlich stark miteinander ($r = 0,367$) - sie messen schließlich zwei Aspekte von Sozialismus - unterscheiden sich doch aber auch deutlich bezüglich ihres Einflusses auf Drittvariablen.

Kein Zusammenhang besteht (überraschenderweise) zwischen den beiden Sozialismus-Indizes und der Links-Rechts-Selbsteinstufung. Wer einem traditionalistischen Sozialismusbild anhängt oder Globalisierung kritisiert, ist also nicht notwendigerweise links eingestellt. Die ideologische Selbstidentifikation der Traditionssozialisten und Globalisierungskritiker unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der der Gesamtbevölkerung. Als stark altsozialistisch erweisen sich sechs Prozent der Befragten insgesamt, sieben Prozent der Linken, sieben Prozent der Rechten, fünf Prozent derjenigen, die sich links von der Mitte und sechs Prozent derjenigen, die sich rechts von der Mitte einordnen. Starke traditionsozialistische Orientierungen stoßen zwar nur auf geringe Resonanz in der Bevölkerung, verteilen sich aber gleichmäßig über alle ideologischen "Lager". Globalisierungskritik findet zwar wesentlich mehr Anklang als Traditionssozialismus, verteilt sich aber ebenfalls mehr oder weniger gleichmäßig auf die ideologischen Kategorien. Mit einer Ausnahme freilich: Der Anteil der starken Globalisierungskritiker ist bei den Linken mit 44 Prozent vergleichsweise hoch. Insgesamt bleibt festzuhalten, **dass sozialistische Orientierungen kein Charakteristikum und schon gar kein Monopol der Linken darstellen**, sondern von der Gesellschaft insgesamt geteilt werden. Dies gilt *nicht* für den Rechtsextremismus, der desto mehr Anklang findet, je rechter sich die Befragten einordnen⁷⁹.

Traditionssozialismus (nicht aber Globalisierungskritik) korreliert sehr schwach positiv mit der ASKO-Skala. Die Neigung zu altsozialistischem Denken wächst also mit zunehmenden autoritären Dispositionen. Rechtsextremismus (REXL) korreliert mit beiden Indizes positiv, mit TRADSOZ stark ($r = 0,431$), mit SOZGLO nur schwach ($r = 0,244$). Noch deutlicher zeigt sich der Unterschied bei der "harten" Rechtsextremismus-Skala (REXH): Für TRADSOZ gilt $r = 0,432$, für SOZGLO $r = 0,162$. Jedenfalls wächst Rechtsextremismus mit zunehmendem Sozialismus, wobei aber der Zusammenhang mit traditionalistischen Orientierungen wesentlich stärker ausfällt als mit eher zeitgenössischen Orientierungen. Traditionalistischer Sozialismus wächst auch mit zunehmender Unzufriedenheit mit der Demokratie (DEMOS), der Zusammenhang ist allerdings nicht besonders stark. Zwischen Globalisierungskritik und Demokratiezufriedenheit besteht dagegen kein nennenswerter Zusammenhang. Ein restriktives Demokratieverständnis (DEMOR) prägt beide Sozialismus-Indizes, SOZGLO noch etwas mehr als TRADSOZ.

79 Siehe dazu auch Anhang 94 und 95.

Zum Zweck der vergleichenden Potenzialbestimmung wurden kumulierte Indizes gebildet: **TRADSOZK** und **SOZGLOK** reichen jeweils von Null (kein Statement befürwortet) bis Drei (alle 3 Statements befürwortet).

Die Verbreitung von traditionalistischem Sozialismus und Globalisierungskritik fällt in der Bundesrepublik sehr unterschiedlich aus: Als stark traditionsozialistisch erweisen sich sechs Prozent der Befragten, als stark globalisierungskritisch über fünf Mal so viele, nämlich 34 Prozent. Das gelangt auch beim Vergleich der Mittelwerte zum Ausdruck. Da die Indizes jeweils aus drei Statements bestehen, bei denen die Befragten von einem bis sieben Punkte vergeben können, lassen sich bei jedem Index mindestens drei, maximal 21 Punkte erreichen. Der Index-Mittelwert liegt also bei 12. Das gemessene arithmetische Mittel beträgt für alle Befragten bei TRADSOZ 10,3, bei SOZGLO dagegen 15,2. Traditionalistischer Sozialismus ist also relativ dünn gesät, Globalisierungskritik dagegen weit verbreitet⁸⁰.

Sieht man einmal von diesem Niveauunterschied ab, dann sind Gewerkschaftsmitglieder grosso modo genau so altsozialistisch und globalisierungskritisch eingestellt wie Nicht-Mitglieder. Es gilt also die Spiegelbildthese. Auch hier macht sich ein West-Ost-Unterschied bemerkbar: Starke altsozialistische Überzeugungen zeigen sich bei Ost-Gewerkschaftern doppelt so häufig wie bei West-Gewerkschaftern. Bei den Nicht-Mitgliedern sind die Ostdeutschen sogar fast fünf Mal so häufig altsozialistisch eingestellt wie die Westdeutschen. Bei der Globalisierungskritik zeigt sich dieser Unterschied ebenfalls, fällt aber nicht so drastisch aus.

Als bemerkenswertes Resultat verdient hervorgehoben zu werden, dass wiederum **ein positiver Zusammenhang von Rechtsextremismus und (traditionalistischem) Sozialismus** gemessen wurde. Damit dürfte endgültig nachgewiesen sein, dass es sich beim Sozialismus nicht notwendigerweise um das Gegenteil von Rechtsextremismus handelt. Tatsächlich ist die Erkenntnis nicht neu, dass Sozialismus nicht notwendigerweise Antifaschismus bedeutet, dass vielmehr durchaus Verbindungen zwischen Sozialismus und Faschismus bzw. Rechtsextremismus bestehen können, und zwar auf der Mikro-, der Meso- und der Makroebene, auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite. Wir denken dabei nicht nur an die nationalrevolutionären "linken Leute von rechts" (Schüddekopf), sondern auch an einige Totalitarismus-Analysen und an die Arbeiten des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Dass die Anhänger der Linksparteien in der Weimarer Republik anfällig für den Nationalsozialismus waren und dass die Anhänger der Linksparteien heute anfällig für Rechtsextremismus bzw. Populismus sind, wird von

80 Siehe Anhang 96 und 97.

niemandem ernsthaft bestritten. Dennoch konnte ein *unmittelbarer* Zusammenhang von sozialistischen und faschistischen (von linksextremen und rechtsextremen) Orientierungen bislang auf der Mikroebene empirisch nicht zweifelsfrei für die nationale Ebene nachgewiesen werden. Das ist nun gelungen und **gilt gleichermaßen für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder, für Westdeutsche und Ostdeutsche.**

Als (vorläufige) **Erklärung** ließe sich anführen, dass es sich beim Sozialismus - anders als beim Rechtsextremismus - nicht um ein konsistentes Einstellungsmuster handelt, sondern um ein heterogenes Gemisch von kapitalismus-, imperialismus- und globalisierungskritischen Meinungen, aus dem sich mehrere, auch sehr unterschiedliche, politische Richtungen bedienen (können).

4.4 Orientierungen gegenüber den Gewerkschaften

Bei der Konzipierung des Untersuchungsdesigns hatten wir keine Vorstellungen davon, wie Orientierungen gegenüber den Gewerkschaften mit rechtsextremen Einstellungen zusammenhängen könnten. Denn für die Bevölkerung insgesamt repräsentative, empirisch-quantitative Untersuchungen standen nicht zur Verfügung. Wie eingangs erwähnt, basiert unser Untersuchungsansatz auf der Vermutung, dass Gewerkschaftsmitglieder durch ein spezielles Überzeugungssystem geprägt sind, das Elemente enthält, die Rechtsextremismus eher abwehren bzw. eher anziehen. Wie das gewerkschaftliche Überzeugungssystem beschaffen ist und welche Elemente eher eine immunisierende bzw. eine eher anziehende Wirkung ausüben, sollte daher der empirischen Analyse überlassen werden.

4.4.1 Vertrauen und Interessenvertreteneit

Bei der Beurteilung der Gewerkschaften ist zwischen der Gesamtevaluierung, der Output-Evaluierung und der Input-Evaluierung zu unterscheiden. In der Literatur werden sie zumeist nur nach ihrer Leistung und nach ihrer Qualität bewertet⁸¹. Da Gewerkschaften als intermediäre Institutionen vor allem der Interessenvermittlung dienen, lässt sich ihr Output danach bestimmen, wie sie die ihnen obliegenden Interessen vertreten, ob dies zur Zufriedenheit der Mitglieder bzw. der Bevölkerung geschieht. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von **Interessenvertreteneit**.

81 Vgl. dazu z.B. Bernhard Weißels: Einstellungen zu Institutionen der Interessenvermittlung, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 189-210.

Bei der Qualität der Gewerkschaften geht es nicht um Effizienz sondern um eine sehr grundsätzliche affektive Gesamtbewertung: Sind die Gewerkschaften insgesamt so, wie sie sein sollen? Als Indikator dafür wird zumeist das **generalisierte Vertrauen**⁸² herangezogen. Wenn die Gewerkschaften so sind, wie sie sein sollen, wird ihnen Vertrauen entgegen gebracht. Während sich die instrumentelle Beurteilung der Gewerkschaften nach ihrem konkreten "Output" richtet, bedeutet Vertrauen letztlich eine auf Erfahrung beruhende Vorleistung, die gewichtiger und dauerhafter ist als zeit- und situationsbedingte Schwankungen in der Leistung von Gewerkschaften.

Vertrauen in Gewerkschaften (Gesamtevaluierung) wird mit folgender Frage gemessen:

GEWVER "Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen."⁸³

Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften (Output-Evaluierung) wird mit folgender Frage gemessen:

GEWINT "Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegen stehen."⁸⁴

Dass die Gesamtevaluierung kritischer ausfällt als die Output-Evaluierung, zeigen folgende Daten⁸⁵: Insgesamt glauben 53 Prozent der Befragten, dass Gewerkschaften ihre Interessen (teilweise oder voll und ganz) vertreten. Aber nur 27 Prozent vertrauen ihnen (weitgehend oder voll und ganz). Von den Befragten, die die Auffassung vertreten, dass Gewerkschaften ihre Interessen vertreten, bringen ihnen 41 Prozent auch Vertrauen entgegen. Von den Befragten aber, die den Gewerkschaften vertrauen, sagen 81 Prozent, dass Gewerkschaften ihre Interessen vertreten. Vertrauen in Gewerkschaften schließt also zumeist auch Zufriedenheit mit der Interessenvertretung ein, während Zufriedenheit mit der Interessenvertretung nicht einmal in der Hälfte der Fälle bedeutet, dass Gewerkschaften das Vertrauen der Befragten genießen. Die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften scheint mehr von der Größe ihres Vertrauenspolsters abzuhängen als von einer guten Leistungsbewertung. Dies deutet auch folgender Befund an: Von

82 Vgl. dazu neuerdings Dieter Walz/Wolfram Brunner: Das politische Institutionenvertrauen in den 90er Jahren, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 175-208.

83 Die Antwortvorgaben lauten: Vertraue überhaupt nicht, vertraue eher nicht, vertraue teilweise, vertraue weitgehend, vertraue voll und ganz, weiß nicht, keine Antwort.

84 Die Antwortvorgaben lauten: Stehen Interessen vollständig entgegen, stehen Interessen teilweise entgegen, weder - noch, vertreten Interessen teilweise, vertreten Interessen vollständig, weiß nicht, keine Antwort.

85 Siehe Anhang 98 und 99.

den Befragten, die sich interessenmäßig von den Gewerkschaften vertreten fühlen, sind 25 Prozent organisiert. Von den Befragten, die den Gewerkschaften vertrauen, verfügen 29 Prozent über einen Mitgliederausweis. Dass Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaften mehr vertrauen und ihre Interessen von ihnen häufiger vertreten sehen als Nicht-Mitglieder, war zu erwarten. Bei knapp der Hälfte der Mitglieder und rund einem Viertel der Unorganisierten fällt die Gesamtevaluierung positiv aus. Den gewerkschaftlichen Output bewerten fast 80 Prozent der Mitglieder und etwa die Hälfte der Nicht-Mitglieder positiv. "Voll und ganz" vertrauen den Gewerkschaften aber nur zehn Prozent ihrer Mitglieder (und nur 5% der Nicht-Mitglieder), und bei der Interessenvertretung sind 20 Prozent (West) bzw. 25 Prozent (Ost) der Mitglieder "voll und ganz" zufrieden. **Gewerkschaftsmitglieder vertrauen ihren Organisationen also nicht gerade übermäßig, und in puncto Interessenvertretung fällen sie ebenfalls kein überschwängliches Urteil.**

Diese differenzierte Beurteilung der Gewerkschaften durch Organisierte und Unorganisierte legt es nahe, die Bevölkerung - entsprechend ihrer Output- und Gesamtevaluierung der Gewerkschaften - in unterschiedliche Gruppen einzuteilen. Daher wurde die Variable **GEWNAHE5** "Nähe zu den Gewerkschaften" gebildet. Sie hat folgende Ausprägungen:

Zufriedene Mitglieder: Mitglieder, die den Gewerkschaften weitgehend oder voll und ganz vertrauen und die angeben, dass die Gewerkschaften ihre Interessen teilweise oder vollständig vertreten.

Unzufriedene Mitglieder: Übrige Mitglieder.

Sympathisanten: Nicht-Mitglieder, die den Gewerkschaften weitgehend oder voll und ganz vertrauen und die angeben, dass die Gewerkschaften ihre Interessen teilweise oder vollständig vertreten.

Tolerante: Nicht-Mitglieder, die nicht zu den Sympathisanten zählen, den Gewerkschaften aber dennoch in gewissem Umfang Vertrauen entgegen bringen und sie in gewissem Umfang als ihre Interessenvertretung ansehen.

Distanzierte: Nicht-Mitglieder, die nicht zu den Sympathisanten und nicht zu den Toleranten zählen.

	West	Ost	Alle
Zufriedene Mitglieder	7	6	7
Unzufriedene Mitglieder	10	8	9
Sympathisanten	13	15	14
Tolerante	21	26	22
Distanzierte	49	45	48

Korrelationsanalysen zeigen, dass die Output-Evaluierung und die Gesamtevaluierung der Gewerkschaften nicht oder nur kaum von weltanschaulichen Faktoren abhängen. Ein sehr schwacher negativer Zusammenhang zeigt sich mit der Links-Rechts-Selbsteinstufung (je linker desto besser die Beurteilung). Output- und Gesamtevaluierung hängen (so gut wie) nicht mit rechts-extremen Einstellungen, mit traditionssozialistischen und globalisierungskritischen Orientierungen und auch nicht mit den Demokratie-Indizes zusammen.

4.4.2 Gewerkschaftliches Überzeugungssystem

Wir gehen bekanntlich von der These aus, dass Gewerkschaftsmitglieder kein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen, sondern über ein spezielles Überzeugungssystem verfügen, wodurch sie sich von Nicht-Mitgliedern unterscheiden. In diesem Abschnitt befassen wir uns noch nicht mit der Frage, ob sich diese These empirisch belegen lässt. Hier werden zunächst nur die Variablen behandelt, von denen wir bei der Konzipierung der Befragung annahmen, dass sie - neben anderen Variablen - wichtige Bestandteile eines derartigen Überzeugungssystems sein könnten.

Das gewerkschaftliche belief system dürfte sich eigentlich nicht darin erschöpfen, dass Organisierte den Gewerkschaften mehr Vertrauen entgegen bringen und ihre Interessen durch Gewerkschaften besser vertreten sehen als Unorganisierte. Das trifft zwar zu (insofern stellen Gewerkschaftsmitglieder auch kein Spiegelbild der Gesellschaft dar), ist aber irgendwo auch tautologisch: Wer tritt schon einer Organisation bei (und zahlt auch noch Mitgliedsbeiträge), der er nicht vertraut und von der er sich nicht vertreten fühlt? Das gewerkschaftliche Überzeugungssystem sollte sich - wenn es denn existiert - vor allem auf Ziele und Strategien, auf Werte und Normen beziehen.

Die GBS-Statements unserer Untersuchung zielen nicht unmittelbar auf Gewerkschaften (das trifft nur auf GEW_GBS zu), auch nicht - wie die Sozialismus-Statements - auf die politische bzw. wirtschaftliche Ordnung oder die Gesellschaft insgesamt, sondern auf die industriellen Beziehungen. Sie dienen der normenbezogenen Input-Evaluierung oder auch der - darauf bezogenen - Gesamtevaluierung. Die Statements lauten:

- GBS_1 Streiks gefährden den Betriebsfrieden (neg).
- GBS_2 Solidarität ist für mich nicht so wichtig. Die eigenen Interessen kann man in der Arbeitswelt am besten alleine vertreten (neg).
- GBS_3 Heute ist der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nebensächlich geworden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind mehr denn je aufeinander angewiesen (neg).

- GBS_4 Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben genauso viel zu bestimmen haben wie die Unternehmer.
- GBS_5 Tarifverträge für eine ganze Branche sind heute der falsche Weg. Allein betriebliche Lösungen helfen weiter (neg).
- GBS_6 Arbeitnehmerinteressen brauchen eine starke Organisation.
- GEW_GBS Gewerkschaften dürfen sich nicht auf die Vertretung von Arbeitnehmer-Interessen beschränken. Sie sollten sich auch gesellschaftspolitisch engagieren.

Die GBS-Variablen korrelieren genauso wenig (wenn nicht noch weniger) miteinander wie die Sozialismus-Variablen. Die Faktorenanalyse identifiziert zwei Hintergrundvariablen mit jeweils drei Statements. GBS_3 wird wegen hoher Nebenladung aus der Betrachtung ausgeschlossen. Auf dem ersten Faktor laden GBS_6, GEW_GBS und GBS_4 hoch. Über die Frage, wofür diese Statements stehen, hat die Projektgruppe ausführlich diskutiert. Die Interpretationen reichen von Stellvertreterpolitik über Sozialpartnerschaft und Integration durch Strukturen bzw. durch Organisation bis hin zu Gegenmacht. Auf dem zweiten Faktor laden GBS_1, GBS_5 und GBS_2 hoch. Dabei geht es offensichtlich um nachhaltige oder konfliktbereite Interessenvertretung.

Da die beiden Faktoren statistisch von einander unabhängig sind, sollte sich auch in ihrer verbalen Charakterisierung das Gegensätzliche niederschlagen. Als Alternative zu Interessenvertretung erscheint Gegenmacht angemessener als Sozialpartnerschaft oder Integration, zumal paritätische Mitbestimmung (und auch noch heutzutage!) wohl kaum als Sozialpartnerschaft gewertet werden kann. Dies gilt entsprechend für die Forderung nach gesellschaftspolischem Engagement der Gewerkschaften über ihre Interessenrepräsentationsfunktion hinaus.

Es werden daher zwei Indizes mit folgenden Labels gebildet:

- **GBSIV "nachhaltige bzw. konfliktbereite Interessenvertretung":**
 - Streiks gefährden den Betriebsfrieden (neg).
 - Solidarität ist für mich nicht so wichtig. Die eigenen Interessen kann man in der Arbeitswelt am besten alleine vertreten (neg).
 - Tarifverträge für eine ganze Branche sind heute der falsche Weg. Allein betriebliche Lösungen helfen weiter (neg).
- **GBSGM "Gegenmachtbildung":**
 - Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben genauso viel zu bestimmen haben wie die Unternehmer.
 - Arbeitnehmerinteressen brauchen eine starke Organisation.
 - Gewerkschaften dürfen sich nicht auf die Vertretung von Arbeitnehmer-Interessen beschränken. Sie sollten sich auch gesellschaftspolitisch engagieren.

Beide Indizes stehen für **Konzepte bzw. Strategien gewerkschaftlichen Handelns**.

Zur vergleichenden Potenzialbestimmung wurden kumulierte Indizes gebildet: **GBSGMK** und **GBSIVK**. Sie reichen jeweils von Null (kein Statement befürwortet) bis Drei (alle 3 Statements befürwortet).

Tabelle 31: Die Bewertung des Handlungskonzepts "Gegenmacht" durch Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte							
GBSGMK	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
kein	6	7	4	14	15	9	13
schwach	27	29	20	29	31	23	29
mittel	44	44	42	37	36	38	37
stark	23	20	34	20	18	30	21
Mittel GBSGM	14,7	14,5	15,6	13,8	13,5	14,8	13,9

kein: kein Statement befürwortet.
 schwach: 1 Statement befürwortet.
 mittel: 2 Statements befürwortet.
 stark: 3 Statements befürwortet.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "Gegenmacht".

Tabelle 32: Die Bewertung des Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung" durch Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder nach Gebiet in Deutschland 2003 (%) sowie Indexmittelwerte							
GBSIVK	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
kein	12	11	15	18	18	19	17
schwach	28	27	29	38	38	40	37
mittel	39	40	38	33	33	31	33
stark	21	22	18	11	11	10	13
Mittel GBSIV	14,1	14,3	13,6	12,6	12,6	12,5	12,8

kein: kein Statement befürwortet.
 schwach: 1 Statement befürwortet.
 mittel: 2 Statements befürwortet.
 stark: 3 Statements befürwortet.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "nachhaltige Interessenvertretung".

Wenn nur die Befragten in die Betrachtung einbezogen werden, die allen drei Statements zugestimmt haben, dann sind die Mitglieder hinsichtlich der Interessenvertretung doppelt so konfliktbereit wie die Nicht-Mitglieder, und zwar in West und Ost. (Die West-Gewerkschafter sind sogar

noch etwas konfliktorientierter als die Ost-Gewerkschafter.) Dieses Resultat bedeutet eine drastische Zurückweisung der Spiegelbildthese: Gewerkschaftsmitglieder befürworteten wesentlich häufiger als Unorganisierte eine nachhaltige Vertretung von Arbeitnehmerinteressen.

Der Gegenmacht-Index (GBSGMK) entspricht dagegen wieder der Spiegelbildthese.

Das Konzept der Gegenmacht wird von den Befragten insgesamt häufiger stark favorisiert als das der nachhaltigen Interessenvertretung (21% zu 13%). Der Unterschied geht nicht auf das Konto der Organisierten, die beide Konzepte gleich stark unterstützen (23% zu 21%), sondern auf das der Unorganisierten. Elf Prozent der Nicht-Mitglieder sprechen sich stark für nachhaltige Interessenvertretung, aber fast doppelt so viele, nämlich 20 Prozent, sprechen sich stark für Gegenmachtbildung aus. Das Gegenmacht-Konzept erfreut sich im Osten besonderer Beliebtheit (West: 18%; Ost: 30%), etwas mehr noch bei den Organisierten (34%) als bei den Unorganisierten (30%). Beim Interessenvertretungs-Konzept beträgt die Ost-West-Relation dagegen elf Prozent zu 13 Prozent.

Traditionalistischer Sozialismus korreliert sehr schwach negativ mit Interessenvertretung, aber ziemlich stark positiv mit Gegenmacht. Je sozialistischer die Befragten eingestellt sind, desto heftiger befürworten sie das Gegenmacht-Konzept. Interessenvertretung hat dagegen so gut wie nichts mit altsozialistischen Einstellungen zu tun. Und weil die Ostdeutschen mindestens doppelt so häufig zum Traditionsozialismus neigen wie die Westdeutschen, dürften sie auch dem Gegenmacht-Konzept besonders zusprechen.

Aus Korrelationsanalysen ergeben sich weiterhin folgende Einsichten:

- Die Zustimmung zum Konzept der Gegenmacht bzw. zum Konzept der konfliktbereiten Interessenvertretung hängt nur in geringem Umfang davon ab, ob die Befragten ihre Interessen durch die Gewerkschaften vertreten sehen (GEWINT) oder ob sie den Gewerkschaften vertrauen (GEWVER). Die Entscheidung für Konzepte bzw. Strategien gewerkschaftlichen Handelns hat also nicht sehr viel mit dem Vertrauen in Gewerkschaften bzw. mit der Interessenrepräsentanz seitens der Gewerkschaften zu tun, bei den Organisierten noch weniger als bei den Unorganisierten.
- Die Bewertung von gewerkschaftlichen Handlungskonzepten folgt ein wenig der Links-Rechts-Selbsteinstufung (LIRE). Dies trifft vor allem auf Gewerkschaftsmitglieder zu. Je linker sie sich einstufen, desto stärker präferieren sie nachhaltige Interessenvertretung (der

Zusammenhang fällt mit $r = 0,263$ allerdings nur schwach aus). Dies findet keine Entsprechung beim Gegenmacht-Konzept. Wie stark jemand dieses Konzept vertritt, hängt kaum davon ab, ob er sich eher links oder eher rechts verortet.

- Die ASKO-Skala korreliert sehr schwach negativ mit nachhaltiger Interessenvertretung, aber nicht mit Gegenmacht. Insbesondere für Gewerkschaftsmitglieder gilt: Je geringer die autoritären Dispositionen, desto ausgeprägter der Wunsch nach konfliktbereiter Interessenvertretung ($r = 0,224$). Die Zustimmung zum Gegenmacht-Konzept hängt indessen nicht davon ab, ob die Befragten über Affinitäten zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem verfügen.
- Rechtsextremismus korreliert ziemlich stark negativ mit Interessenvertretung und schwach, allerdings positiv, mit Gegenmacht. **Die Anhänger des Gegenmacht-Konzepts scheinen eher anfällig für Rechtsextremismus zu sein, die Verfechter nachhaltiger Interessenvertretung scheinen Rechtsextremismus eher abzuwehren.** Der (negative) Zusammenhang mit Interessenvertretung fällt bei den Organisierten stärker aus als bei den Unorganisierten. Insbesondere Gewerkschaftsmitglieder sind in dem Ausmaß unempfänglich für Rechtsextremismus, wie sie sich für nachhaltige Interessenvertretung einsetzen. Gemessen mit REXL betragen die Werte für Organisierte $r = -0,448$ und für Unorganisierte $r = -0,387$. Der positive Zusammenhang von Gegenmacht und Rechtsextremismus gilt für alle Befragten und für Nicht-Mitglieder, nicht aber für Mitglieder. Bei ihnen besteht weder ein positiver noch ein negativer, sondern überhaupt kein Zusammenhang. Die Stärke der Befürwortung des Gegenmacht-Konzepts hängt also nicht davon ab, wie sehr ein Gewerkschaftsmitglied rechtsextrem eingestellt ist. Die gewerkschaftlich organisierten Anhänger des Gegenmacht-Konzepts neigen nicht besonders zum Rechtsextremismus, wehren ihn offenbar aber auch nicht ab.
- Sozialismus korreliert ziemlich stark positiv mit Gegenmacht, der Zusammenhang mit Interessenvertretung ist - allerdings nur sehr schwach - negativ. Dies gilt für Mitglieder und Nicht-Mitglieder. **Je sozialistischer die Befragten eingestellt sind, desto mehr sprechen sie sich für das Gegenmacht-Konzept aus.** Die Befürwortung nachhaltiger Interessenvertretung vollzieht sich dagegen weithin unabhängig vom Ausmaß sozialistischer Orientierungen.
- Demokratische Orientierungen begünstigen, wenn auch nur in sehr geringer Intensität, die Befürwortung nachhaltiger Interessenvertretung. Dagegen stehen demokratische Orientierungen und Gegenmacht in keiner nennenswerten Beziehung. Beim restriktiven Demokratieverständnis macht sich ein deutlicher Unterschied zwischen Interessenvertretung und

Gegenmacht bemerkbar: Je stärker das Konzept der konfliktbereiten Interessenvertretung vertreten wird, desto größer ist die Zurückweisung restriktiver Demokratievorstellungen. Die Zustimmung zum Konzept der Gegenmacht wächst dagegen mit der Befürwortung restriktiver demokratischer Strukturen.

4.5 Unzufriedenheit

Sozio-politische Orientierungen, die auf Unzufriedenheit hin deuten, gelten als wichtige Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus.

"It is widely believed that a happy people give rise to a tranquil polity, that those who are dissatisfied are the source of public unrest, and that the roots of political violence are often to be found in individual frustration. These assumptions also include the belief that satisfaction and dissatisfaction derive from the presence or absence of a gap between an individual's value expectations and actual achievements; that this gap, or level of felt deprivation, is subjective and relative; and that consequently it is individual perceptions rather than objective conditions that matter."⁸⁶

Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition und Widerstand hervorrufen. Unzufriedenheit ist zumeist die Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen und strukturellen) Krisen, von umbruchartigem gesellschaftlich-politischem Wandel, von tief greifenden Modernisierungsprozessen. Daher gilt Rechtsextremismus auch als normale Begleiterscheinung moderner Industriegesellschaften. Unzufriedenheit und pessimistische Zukunftserwartungen bewirken das Gefühl der Benachteiligung, Abkoppelung, Ausgrenzung, stimulieren Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen und erzeugen den Wunsch nach autoritären Konzepten: Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung. Nur einem "starken" politischen Führer, der das Land mit "eiserner Hand" regiert, traut man die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu.

Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit beruht in der Regel nicht auf absoluter Deprivation (Verelendung durch Arbeitslosigkeit, Armut usw.), sondern auf **relativer Deprivation**. Damit sind Ungleichgewichte oder Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung bzw. in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige

86 Samuel H. Barnes/Barbara G. Farah/Felix Heunks: Personal Dissatisfaction, in: Samuel H. Barnes u.a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage 1979, S. 381-407; vgl. auch: Politischer Protest in der sozialwissenschaftlichen Literatur, Stuttgart usw.: Kohlhammer 1978, S. 15 ff.

etc. angesprochen. Heute bewirkt insbesondere der Strukturwandel der Industriegesellschaft Disproportionalitäten zwischen eher traditionellen und eher zukunftssträchtigen Sektoren der Wirtschaft, zwischen eher "modernen" und eher "traditionellen" Berufen oder Tätigkeiten.

Wir unterscheiden grundsätzlich zwischen **politischer** und **wirtschaftlich-sozialer** Unzufriedenheit. Zur Untersuchung der wirtschaftlich-sozialen Unzufriedenheit stehen uns folgende Fragen zur Verfügung, die sich auf Zukunftserwartungen, Gerechtigkeit, auf die relative soziale Stellung und auf den persönlichen Nutzen von der Wiedervereinigung beziehen:

- WSA_1R Werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren verbessern, verschlechtern oder werden sie unverändert bleiben? (1=verbessern, 2=unverändert, 3=verschlechtern).
- WSA_2R Werden sich Ihre persönlichen Lebensverhältnisse in der nächsten Zeit verbessern, verschlechtern oder werden sie unverändert bleiben? (1=verbessern, 2=unverändert, 3=verschlechtern).
- WSA_3R Was halten Sie von unserer Gesellschaftsordnung? Geht es da im Großen und Ganzen eher gerecht zu oder geht es da im Großen und Ganzen eher ungerecht zu? (1=eher gerecht, 2=teils-teils, 3=eher ungerecht).
- WSA_4R Unabhängig davon, wie gerecht es in einer Gesellschaft zugeht, gibt es bevorzugte und benachteiligte Menschen oder Bevölkerungsgruppen. Was meinen Sie: Gehören Sie selbst zu den Menschen oder zu einer Bevölkerungsgruppe, die in unserer Gesellschaft stark benachteiligt, etwas benachteiligt, weder benachteiligt noch bevorzugt, etwas bevorzugt oder stark bevorzugt wird? (1=stark bevorzugt, 2=etwas bevorzugt, 3=weder-noch, 4=etwas benachteiligt, 5=stark benachteiligt).
- WSA_5R Wenn Sie für sich persönlich die Bilanz nach der Wiedervereinigung ziehen, wozu zählen Sie sich dann alles in allem: zu den Gewinnern, zu den Verlierern oder weder zur einen noch zur anderen Gruppe? (1=Gewinner, 2=weder noch, 3=Verlierer).

Die fünf Variablen korrelieren sehr schwach bis schwach, aber hoch signifikant miteinander, wobei die Kombination von WSA_3R und WSA_4R den vergleichsweise stärksten Zusammenhang zeitigt. Wir bilden zunächst den kumulierten Index **WISOUNZ "wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit"**, der folgende Bedingungen umfasst:

- WSA_1R: verschlechtern;
- WSA_2R: verschlechtern;
- WSA_3R: eher ungerecht;
- WSA_4R: stark/etwas benachteiligt;
- WSA_5R: Verlierer.

Die Index-Werte reichen von Null (keine Bedingung erfüllt) bis Fünf (alle 5 Bedingungen erfüllt). Für die übersichtliche Gestaltung von Tabellen wurde eine Kurzform mit drei Ausprägungen entwickelt (**WISOUNZ3**): 0 (keine): keine Bedingung erfüllt; 1 (schwach): eine oder zwei Bedingungen erfüllt; 2 (stark): drei bis fünf Bedingungen erfüllt.

Da die Variablen WSA_3R und WSA_4R - wie erwähnt - besonders miteinander variieren und weil sie inhaltlich auf Deprivation zielen, wurden sie ausgekoppelt und zu dem Index **DEPRI "(Relative) Deprivation"** verbunden (0"keine", 1"schwach", 2"stark").

Die wirtschaftlich-soziale Unzufriedenheit ist bei Gewerkschaftsmitgliedern etwas größer als bei Nicht-Mitgliedern. Bedeutender als diese relativ geringe Differenz ist der West-Ost-Unterschied: Die Ostdeutschen, Organisierte wie Unorganisierte, sind wesentlich unzufriedener als die Westdeutschen. Auch bei der Deprivation besteht nur ein minimaler Unterschied zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, aber ein ziemlich großer Unterschied zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen⁸⁷.

Um Unzufriedenheit im Berufsleben in die Analyse mit einzubeziehen, haben wir folgende Items in die Befragung mit aufgenommen, die Arbeitszufriedenheit messen sollen:

- WSA_6 Mein jetziges Einkommen entspricht meiner Leistung.
- WSA_7 Der Stress bei meiner Arbeit belastet mich sehr (neg).
- WSA_8 Meine Tätigkeit ist uninteressant (neg).
- WSA_9 Bei Entscheidungen, die meine Arbeit betreffen, habe ich ausreichend Mitspracherecht.
- WSA_10 Meine Leistung wird nicht anerkannt (neg).
- WSA_11 Mein Verhältnis zu meinen Kollegen ist gut.
- WSA_12 Mein Verhältnis zu meinen Vorgesetzten ist gut.
- WSA_13 Ich habe keine Aufstiegsmöglichkeiten (neg).

Die Fragen zur Arbeitsunzufriedenheit konnten nur Berufstätigen, also rund der Hälfte unserer Befragten, gestellt werden. Sie sind verschiedenen Studien entnommen, worauf hier nicht gesondert eingegangen werden soll. Denn aus den Items lässt sich kein statistisch befriedigendes Messinstrument bilden. Bei einer Faktorenanalyse korrelieren die Einzelrestfaktoren zu stark miteinander, und die rotierte Matrix mit drei Komponenten ergibt auch kein plausibles Bild. Bei der Reliabilitätsanalyse ergibt sich zudem eine geringe innere Konsistenz der acht Items. In der Hoffnung, wenigstens etwas zusätzliche Varianz unserer Rechtsextremismus-Skala aufklären zu können, wurden die Items dennoch (nach entsprechenden Umpolungen) zu dem Index **ARBUNZ "Arbeitsunzufriedenheit"** zusammengefasst. Die Wertespanne reicht von 8 bis 29 (anstatt 56), woraus zu entnehmen ist, dass die Arbeitszufriedenheit (bei den Befragten, die Arbeit haben) ziemlich groß ist. Offenbar neigen die Arbeitsplatzbesitzer nicht sonderlich dazu, über ihre Arbeitssituation zu meckern, weil sie - im Vergleich zur den Arbeitslosen - privilegiert sind.

87 Siehe Anhang 100 und 101.

Für die Tabellenversionen wurde noch eine Dreierlösung (**ARBUNZ3**) erzeugt ("niedrig", "mittel", "hoch").

Gewerkschaftsmitglieder sind unzufriedener mit ihrer Arbeit als Nicht-Mitglieder. Darüber hinaus besteht ein Ost-West-Gegensatz: "Ossis" sind wiederum unzufriedener als "Wessis". Hohe Arbeitsunzufriedenheit bekunden - bei einem Befragtendurchschnitt von 17 Prozent - 27 Prozent der Ost-Organisierten, aber nur 22 Prozent der Unorganisierten im Osten sowie 22 Prozent der Organisierten im Westen, aber nur 14 Prozent der Unorganisierten im Westen⁸⁸.

Der Index **POLUNZ "politische Unzufriedenheit"** wurde aus zwei Statements zusammengesetzt:

- DEMO_3 Und was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es tatsächlich funktioniert?
("sehr zufrieden" - "sehr unzufrieden"; bereits in DEMOS enthalten.)
- EFFI_4 Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht
("stimme überhaupt nicht zu" bis "stimme voll und ganz zu").

POLUNZ umfasst die Werte Null ("niedrig") bis Sechs ("hoch"). Für Tabellen wurde zudem eine Kurzfassung **POLUNZ3** mit drei Ausprägungen gebildet ("schwach", "mittel", "stark").

Gewerkschaftsmitglieder sind politisch nur unwesentlich unzufriedener als Nicht-Mitglieder. Zudem besteht wiederum ein West-Ost-Unterschied: Die Ostdeutschen (Mitglieder und Nicht-Mitglieder) sind unzufriedener als die Westdeutschen⁸⁹.

Um das gesamte Ausmaß der Unzufriedenheit in den Analysen zu berücksichtigen, wurden die wirtschaftlich-soziale und die politische Unzufriedenheit zu dem Index **WISOPOUN "wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit"** verbunden, der die Werte Null bis Zehn umfasst (Tabellenversion: **WISOPOU4**: 1"schwach" bis 4"stark"). Im nächsten Schritt haben wir auch noch die Arbeitsunzufriedenheit hinzugenommen. Der Index **UNZUFR "wirtschaftlich-soziale, politische und Arbeitsunzufriedenheit"** gilt allerdings nur für Berufstätige. Er umfasst die Werte Null bis 15. Die Tabellenversion ist **UNZUFR4**: 1"schwach" bis 4"stark".

88 Siehe Anhang 102.

89 Siehe Anhang 103.

Auch unsere Daten bestätigen, dass Unzufriedenheit ein wichtiger Prädiktor für Rechtsextremismus ist. Die Zusammenhänge fallen durchweg positiv aus, sind aber zumeist nur von mittlerer Intensität. Dabei ist die Wirkung von politischer Unzufriedenheit etwas stärker als die von wirtschaftlich-sozialer Unzufriedenheit. Mit der Kombination von Ungerechtigkeiten wächst die Varianzaufklärung nur mäßig. Unzufriedenheit befördert nicht nur die Ausbreitung von Rechtsextremismus, sondern auch von traditionalistischem Sozialismus und im weiteren dann auch von Globalisierungskritik.

5. Gesamtbetrachtung

Bei der Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse gehen wir wie folgt vor: *Zunächst* widmen wir uns der Frage, ob bzw. in welchem Umfang die allgemeine Spiegelbildthese Gültigkeit beanspruchen kann. *Dann* werden die unabhängigen Variablen (Prädiktoren für Rechtsextremismus) daraufhin miteinander verglichen, ob sie positiv oder negativ mit der Rechtsextremismus-Skala REXL korrelieren. Positive Werte bedeuten, dass die Variablen die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen (Anziehungsorientierungen), negative Werte bedeuten, dass sie Rechtsextremismus entgegen wirken (Abwehrorientierungen). Wenn keine Korrelationen vorliegen, sprechen wir von (hinsichtlich ihrer Wirkungen auf REXL) neutralen Orientierungen. *Drittens* untersuchen wir, wie groß die Erklärungskraft aller Prädiktoren für Rechtsextremismus ist. Und *viertens* schließlich werden wir aus den Anziehungs- und den Abwehrorientierungen im Interesse der Komplexitätsreduktion jeweils einen maßgeblichen Prädiktor destillieren.

5.1 Die allgemeine Spiegelbildthese

Unsere wohl wichtigste These lautet, dass Gewerkschaftsmitglieder weder in sozio-ökonomischer noch in sozio-politischer Hinsicht ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen, dass sie vielmehr durch gewerkschaftsspezifische Merkmale gekennzeichnet sind. Hier geht es nun um die Frage, ob sich Organisierte von Unorganisierten durch eine besondere sozio-politische Mentalität unterscheiden und worin diese gegebenenfalls besteht, oder ob Gewerkschaftsmitglieder in mentaler Hinsicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind.

Im Folgenden vergleichen wir Einstellungspotenziale von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Die Schwankungsbreite für die Spiegelbildthese wurde auf ± 20 Prozent festgesetzt. Die Spiegelbildthese gilt nicht, wenn die Werte der Gewerkschaftsmitglieder mehr als 20

Prozent nach oben oder unten von den entsprechenden Werten der Nicht-Mitglieder abweichen.

Die Übersichten im Anhang 104 und 105 zeigen, **dass auf die hier untersuchten Variablen zumeist die (allgemeine) Spiegelbildthese zutrifft**. Das gilt auch, wenn Ostdeutschland und Westdeutschland getrennt betrachtet werden. Der **Ost-West-Gegensatz ist dagegen fast allgegenwärtig**, wie die mitgeteilten Einzelergebnisse belegen. Die Ostdeutschen übertreffen die Westdeutschen - zugespitzt formuliert - bei allen Orientierungen, die Rechtsextremismus begünstigen. Dies dürfte eine Erklärung dafür sein, dass rechtsextreme Einstellungen im Osten anderthalb Mal so stark verbreitet sind wie im Westen.

Spricht auch vieles für die Gültigkeit der allgemeinen Spiegelbildthese, so finden sich doch auch einige Variablen, bei denen sich **deutliche Unterschiede zwischen Organisierten und Unorganisierten** zeigen, und zwar in der Bundesrepublik insgesamt und in Ost und West. Es sind dies:

- **POLAPA:** Gewerkschaftsmitglieder neigen weniger zu politischer Apathie als Nicht-Mitglieder.
- **MARKT:** Unorganisierte heben den Grundwert Marktfreiheit häufiger hervor als Gewerkschaftsmitglieder.
- **GEWVER:** Gewerkschaftsmitglieder vertrauen den Gewerkschaften mehr als Unorganisierte.
- **GEWINT:** Gewerkschaftsmitglieder sehen ihre Interessen von den Gewerkschaften besser vertreten als Nicht-Mitglieder.
- **GBSIV:** Gewerkschaftsmitglieder befürworten mehr als Nicht-Mitglieder das Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung".
- **ARBUNZ:** Gewerkschaftsmitglieder sind mit ihrem Berufsleben unzufriedener als Nicht-Mitglieder.

Einen **Sonderfall** bilden die Rechts-Links-Selbsteinstufung (**RELI**) und der Grundwert "soziale Gerechtigkeit" (**SOZGER**). Auf Beide trifft die Spiegelbildthese nur im Osten, nicht aber im Westen und auch nicht für die Republik insgesamt zu. Wir hatten vermutet, dass sich Gewerkschaftsmitglieder deutlich linker als Unorganisierte einstufen und dass ein betont linkes Selbstverständnis Teil des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems ist. Tatsächlich bezeichnen sich (nur) 24 Prozent der Organisierten und 19 Prozent der Unorganisierten als links. Der Anteil der Linken an den Gewerkschaftsmitgliedern übertrifft den an den Nicht-Mitgliedern immerhin um 26 Prozent. In Westdeutschland macht der Vorsprung der Mitglieder sogar 29 Prozent aus, in Ostdeutschland allerdings nur elf Prozent. Ob RELI unter die Spiegelbildthese fällt, ist ein Defi-

nitionsproblem. Dies gilt entsprechend für SOZGER. Die prozentuale Abweichung der Organisierten von den Unorganisierten ist mit republikweit 23 Prozent ebenfalls nicht besonders groß. Dennoch werden die 20 Prozent-Marge für die BRD insgesamt und für Westdeutschland deutlich übertroffen. Für den weiteren Verlauf der Untersuchung werden wir von den schwachen Ost-Werten absehen und beide Variablen in die Gruppe der sozio-politischen Orientierungen einordnen, auf die die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft. Die nunmehr acht Variablen bezeichnen wir als **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** (oder auch als **GSPO-Variablen**).

Sieht man einmal von GEWVER und GEWINT ab (weil beide Variablen nicht gerade besonders geeignet sind, die Spiegelbildthese zu widerlegen), **dann zeichnen sich Gewerkschaftsmitglieder vor allem durch die Befürwortung von konfliktbereiter Interessenvertretung, durch hohe Arbeitsunzufriedenheit, durch die Ablehnung neoliberaler Konzepte und die Betonung von sozialer Gerechtigkeit und schließlich durch ein linkes Selbstverständnis, durch demokratische Überzeugungen und durch geringe politisch-apathische Haltungen aus.** Dass Gewerkschaftsmitglieder ihre Interessen besonders häufig durch die Gewerkschaften vertreten sehen und dass sie ihnen besonders stark vertrauen, muss wohl nicht besonders betont werden.

Insgesamt bleibt aber festzuhalten, dass gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen nicht die Regel sondern die Ausnahme bilden. Zumeist gilt die allgemeine Spiegelbildthese. Und das bedeutet, dass sich **eine zentrale These unserer Untersuchung nicht bestätigt** hat, jedenfalls nicht für die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt.

Um das Gewicht der GSPO-Variablen besser einschätzen zu können, soll noch geprüft werden, welche Bedeutung sie für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft haben. Wenn diese acht Variablen tatsächlich charakteristisch für die Mentalität von Gewerkschaftsmitgliedern sind, womöglich sogar Bestandteile eines speziellen gewerkschaftlichen Überzeugungssystems darstellen (diesem Problem gehen wir im folgenden Kapitel nach), dann sollten sie Aufklärung darüber geben können, ob eine Person gewerkschaftlich organisiert ist oder nicht. Eine binäre logistische Regression auf die abhängige Variable Gewerkschaftsmitgliedschaft (nein/ja) gelangt allerdings zu dem Ergebnis, dass die GSPO-Variablen gerade einmal neun Prozent der Mitgliedschaften richtig voraussagen. Die Aufklärung der (Pseudo-) Varianz beträgt ganze 15 Prozent (Nagelkerkes R^2). Das bedeutet, dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft mit den GSPO-Variablen nicht erklärt werden kann.

5.2 Anziehungs-, Abwehr- und neutrale Orientierungen

Die Entstehung bzw. Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen - bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern - folgende Variablen, die wir als **Anziehungsorientierungen** bezeichnen (hier geordnet nach $r \times 1000$ für alle Befragten)⁹⁰:

- traditionalistischer Sozialismus (TRADSOZ): +431;
- Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (ASKO): +415;
- restriktives Demokratieverständnis (DEMOR): +364;
- Grundwert "Autoritarismus" (AUT): +344;
- wirtschaftlich-soziale, politische und Arbeitsunzufriedenheit (UNZUFR⁹¹): +342;
- wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit (WISOPOUN⁹²): +340;
- politische Unzufriedenheit (POLUNZ): +305;
- (relative) Deprivation (DEPRI⁹³): +296;
- politische Apathie (POLAPA): +284;
- wirtschaftlich-soziale Unzufriedenheit (WISOUNZ): +268;
- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "Gegenmachtbildung" (GBSGM): +246;
- Globalisierungskritik (SOZGLO): +244;
- Leistungsorientierung (LEIST): +209;
- Arbeitsunzufriedenheit (ARBUNZ): +153.

Den Boden, auf dem Rechtsextremismus gedeiht, bilden also erstens eine autoritäre Persönlichkeit, autoritäre Wertorientierungen, politische Apathie und restriktive Demokratievorstellungen, zweitens (traditions-) sozialistische Orientierungen und - damit zusammenhängend - das Eintreten für gewerkschaftliche Gegenmachtbildung, drittens Unzufriedenheit und viertens schließlich Leistungsorientierung.

Hinsichtlich der Stärke der Zusammenhänge ist bemerkenswert, dass TRADSOZ und ASKO die höchsten Werte von allen Prädiktoren unserer Untersuchung erzielen. **Rechtsextremismus korrespondiert also in erster Linie mit der Zustimmung zu altsozialistischen Konzepten und mit der Ausprägung von autoritären Persönlichkeitsmerkmalen.**

Folgende Variablen **wehren** Rechtsextremismus - bei Organisierten und Unorganisierten - eher **ab** (hier geordnet nach $r \times 1000$ für alle Befragten)⁹⁴:

90 Siehe Anhang 106.

91 Kombiniert aus WISOUNZ, POLUNZ und ARBUNZ.

92 Kombiniert aus WISOUNZ und POLUNZ.

93 Auskoppelung aus WISOUNZ.

- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung" (GBSIV): -390;
- demokratische Orientierungen (DEMOK): -360;
- Zufriedenheit mit der Demokratie (DEMOS): -309;
- linksgerichtete ideologische Selbstidentifikation (RELI): -299;
- politisches Selbstbewusstsein (EFFIINT): -227;
- Grundwert "Libertarismus" (LIB): -191.

Abwehrorientierungen deuten auf linksgerichtete, selbstbewusste, interessen- und wertgeleitete demokratische Interventionsbereitschaft (in der Arbeitswelt) hin.

Als **neutral** hinsichtlich ihrer Beziehungen zum Rechtsextremismus erweisen sich folgende sozio-politische Orientierungen:

- Vertrauen in Gewerkschaften (GEWVER);
- Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften (GEWINT);
- Grundwert "soziale Gerechtigkeit" (SOZGER);
- Grundwert "Marktfreiheit" (MARKT) sowie das
- gewerkschaftliche Handlungskonzept "Gegenmachtbildung" (GBSGM), allerdings nur bei Organisierten.

Hinsichtlich der grundlegenden politischen Wertorientierungen bestätigt sich der bereits mitgeteilte Befund, dass der *ökonomisch-soziale* Wertekonflikt keine Bedeutung für die Ausbreitung von Rechtsextremismus hat: Soziale Gerechtigkeit und Marktfreiheit zählen zu den neutralen Orientierungen. Der *politische* Wertekonflikt wirkt sich dagegen sehr wohl auf Rechtsextremismus aus: Libertarismus gehört zur Gruppe der Abwehrorientierungen, Autoritarismus zur Gruppe der Anziehungsorientierungen.

Weiterhin ist hervorzuheben, dass bei den Anziehungs-, Abwehr- und neutralen Orientierungen so gut wie kein *qualitativer* Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern besteht. Die Wirkung der unabhängigen Variablen hinsichtlich der Eindämmung bzw. Begünstigung von Rechtsextremismus ist also bei Organisierten und Unorganisierten im Prinzip gleichgerichtet. Teilweise beträchtliche Unterschiede bestehen allerdings hinsichtlich der *Stärke* der gemessenen Zusammenhänge⁹⁵.

94 Siehe Anhang 106.- Hier fehlt das politische Interesse (POLINT), das ebenfalls negativ mit REXL korreliert ($r = -284$). Es ist - umgepolt als POLAPA - bei den Anziehungsorientierungen verzeichnet.

95 Siehe Anhang 106.

Schließlich ist noch anzumerken, dass von den acht GSPO-Variablen exakt die Hälfte, also vier, zu den neutralen Orientierungen zählen, zwei stellen Anziehungsorientierungen (POLAPA, ARBUNZ) und die restlichen zwei Abwehriorientierungen (GBSIV, RELI) dar. Das bedeutet, dass die (wenigen) Orientierungen, die typisch für Gewerkschaftsmitglieder sind, nur ausnahmsweise Rechtsextremismus entgegenwirken.

5.3 Die Erklärungskraft der sozio-politischen Prädiktoren für Rechtsextremismus

Im vorstehenden Abschnitt wurden die sozio-politischen Orientierungen, mit denen wir Rechtsextremismus erklären wollen, zu der Langfassung der Rechtsextremismus-Skala in Beziehung gesetzt. Jede einzelne dieser unabhängigen Variablen (oder auch Prädiktoren) wurde daraufhin überprüft, ob und wie stark sie positiv oder negativ mit REXL korreliert. Dieses Verfahren wird auch als *bivariate* Analyse bezeichnet, weil jeweils zwei Variablen (hier eine der unabhängigen Variablen und die abhängige Variable REXL) betrachtet werden.

Nun werden wir untersuchen, wie sich die Prädiktoren insgesamt auf Rechtsextremismus auswirken. Wir führen also *multivariate Analysen* (hier: lineare Regressionen) durch. Dabei sind zwei Fragen von Interesse. *Erstens*: Wie stark prägen unsere unabhängigen Variablen die abhängige Variable Rechtsextremismus? Wie groß ist der prozentuale Anteil der Varianz von Rechtsextremismus, der mittels der unabhängigen Variablen erklärt wird? *Zweitens*: Welche der Prädiktoren verfügen im Kontext aller anderen über besonders große Erklärungskraft, welche sind für die Erklärung von Rechtsextremismus eher nachrangig? Da die Prädiktoren auch miteinander variieren (korrelieren)⁹⁶, addiert sich ihre Erklärungskraft nicht notwendigerweise. Ein Beispiel: Der Prädiktor A erklärt für sich genommen 20 Prozent von Rechtsextremismus, der Prädiktor B erklärt für sich genommen zehn Prozent von Rechtsextremismus. Beide zusammen erklären aber nur 25 Prozent von Rechtsextremismus, weil A und B auch miteinander assoziiert sind, A also bereits einen gewissen Anteil der Varianz von B enthält. In der Regel wächst die Varianzaufklärung also nicht linear mit der Anzahl der eingeführten Variablen, sondern die Aufklärungsquote sinkt tendenziell. Dabei ist es unerheblich, ob eine Variable positiv oder negativ mit Rechtsextremismus korreliert, ob es sich also um Anziehungs- oder Abwehriorientierungen handelt.

96 Einige Prädiktoren stellen zudem Indizes dar, die aus verschiedenen unabhängigen Variablen gebildet (WISOPOUN, UNZUFR, DEMUEB, AUTUEB) bzw. aus bestehenden Variablen ausgekoppelt wurden (DEPRI).

Bei der Darstellung der Persönlichkeitseigenschaften⁹⁷ hatten wir ermittelt, dass diese Prädiktoren gemeinsam 32 Prozent der Varianz von REXL erklären. Wenn nur die Prädiktoren, die sich auf die Bewertungen von gesellschaftlichen Zuständen beziehen, in eine Regression eingeführt werden, ergibt sich eine Varianzaufklärung von 46 Prozent. Zusammen genommen erklären beide Bündel 57 Prozent von REXL⁹⁸. Über die Hälfte der Varianz lässt sich also mittels der in unserer Befragung berücksichtigten sozio-politischen Orientierungen aufklären. Bedeutsam sind folgende Prädiktoren (geordnet nach ihrer Erklärungskraft für alle Befragten):

ASKO:	Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem
TRADSOZ:	Traditionalistischer Sozialismus
GBSIV:	Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung"
RELI:	Rechts-Links-Selbsteinstufung
WISOPOUN:	Wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit
DEMOR:	Restriktives Demokratieverständnis
AUT:	Grundwert "Autoritarismus"
LEIST:	Leistungsorientierung
POLAPA:	Politische Apathie
SOZGLO:	Globalisierungskritik
DEMOK:	Demokratische Orientierungen
DEMOS:	Zufriedenheit mit der Demokratie
LIB:	Grundwert "Libertarismus"
EFFIINT:	Politisches Selbstbewusstsein

Wenn Regressionen für Organisierte und Unorganisierte, Ostdeutsche und Westdeutsche gerechnet werden, ergeben sich keine wirklich substantiellen Unterschiede. Bei den Mitgliedern steht GBSIV an erster Stelle, bei den Nicht-Mitgliedern ASKO. An zweiter Stelle folgt bei beiden TRADSOZ, an dritter Stelle steht bei den Organisierten RELI, bei den Unorganisierten GBSIV, es folgt bei den Organisierten ASKO und bei den Unorganisierten WISOPOUN. Usw., usf. Bemerkenswert ist, dass WISOPOUN bei den Gewerkschaftsmitgliedern an letzter Stelle steht. Wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit spielt also für den gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus kaum eine Rolle. Insgesamt zeigt sich, wie auch schon bei den Korrelationsanalysen, dass für rechtsextreme Einstellungen bei Organisierten und Unorganisierten im Großen und Ganzen dieselben Prädiktoren maßgeblich sind (unter denen sich nur drei GSPO-Variablen befinden). Unterschiede bestehen lediglich hinsichtlich ihres Gewichts innerhalb der jeweiligen Konstellation von Erklärungsfaktoren. Sie fallen stellenweise zwar beträchtlich aus, gleichwohl **vermittelt sich nicht der Eindruck, als habe der gewerkschaftsinterne Rechts-**

97 Siehe oben Abschn. 3.6.

98 Multiple lineare Regression, listenweiser Ausschluss von fehlenden Werten, korrigiertes R-Quadrat.

extremismus völlig andere Ursachen als der der Unorganisierten. Auch dies spricht eher für die Gültigkeit der Spiegelbildthese.

In Bezug auf die **Systematisierung der Erklärungsfaktoren** für Rechtsextremismus, wie sie in Kapitel A auf der Grundlage des Forschungsstandes vorgenommen wurde⁹⁹, ist Folgendes festzustellen:

- Für die Zwecke der Survey-Forschung mussten die von den Individuen zu bewältigenden Probleme aufgeteilt werden in Fragen zum sozio-ökonomischen Status und in Fragen zur Bewertung dieses Status (wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit, Deprivation, Individualisierung). Letztere wurden gemeinsam mit den Fragen zur Politischen Kultur unter dem Stichwort "**Bewertungen von gesellschaftlichen Zuständen**" abgehandelt. Von diesen Bewertungen wurde angenommen, dass sie einen **Einfluss auf die Persönlichkeitseigenschaften** ausüben. Dies trifft in gewissem Umfang tatsächlich zu: Mindestens schwache Zusammenhänge vorausgesetzt, korrelieren demokratische Orientierungen (DEMOK) negativ und ein restriktives Demokratieverständnis (DEMOR) positiv mit ASKO (autoritäre Persönlichkeit). Demokratische Orientierungen (DEMOK) korrelieren auch positiv mit politischem Selbstbewusstsein (EFFIINT). Traditionalistischer Sozialismus (TRADSOZ) hängt negativ, Unzufriedenheit mit der Demokratie als System (DEMOS) dagegen positiv mit politischer Apathie (POLAPA) zusammen. Keine Variable aus dem Bereich der Bewertungen gesellschaftlicher Zustände ist mit Leistungsorientierung (LEIST) assoziiert. Und wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit korreliert mit keiner der Persönlichkeitseigenschaften. Die theoretisch wichtige Unterscheidung zwischen Persönlichkeitseigenschaften und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände zeitigt empirisch keine wirklich relevanten Einsichten. Bewährt im Sinne unseres Erkenntnisinteresses haben sich vor allem ASKO als Indikator für eine autoritäre Persönlichkeit und dann EFFIINT und POLAPA, wobei alle drei - am wenigsten noch ASKO - eine demokratisch-partizipatorische Konnotation haben.
- Individualisierung ist für Umfragen schwer zu operationalisieren. Unsere Studie enthält nur ein entsprechendes Statement, das allerdings eher die **Verinnerlichung des Individualismus** misst: "Solidarität ist für mich nicht so wichtig. Die eigenen Interessen kann man in der Arbeitswelt am besten alleine Vertreten". Diese Variable korreliert mit keiner Persönlichkeitseigenschaft, wohl aber mit den rechtsgerichteten Indizes und mit den Rechtsextremismus-Skalen. Individualismus übt also Einfluss auf Rechtsextremismus aus, allerdings nicht via Persönlichkeitseigenschaften.

99 Siehe dazu die Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" in Kap. A, S. 47.

- Die grundlegenden politischen **Wertorientierungen** (vor allem AUT und LIB) nehmen offenbar eine Mittelstellung zwischen Persönlichkeitseigenschaften und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände ein. Empirisch gesehen lassen sie sich kaum den Persönlichkeitseigenschaften zurechnen.
- Diese Beispiele zeigen, dass die Systematisierung der Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus für die Umfrageforschung **vor allem heuristischen Wert** hat. Der soll auch gar nicht geschmälert werden. Unsere Daten verweisen allerdings auf viele Querverbindungen, so dass eine strikte Trennung von Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände nicht nur nicht geboten, sondern auch nicht Erkenntnis fördernd ist.

5.4 Autoritäre und demokratische Überzeugungen

Nun soll im Interesse der Komplexitätsreduktion der Versuch unternommen werden, aus den Anziehungsorientierungen und aus den Abwehrorientierungen jeweils eine *übergreifende* Variable zu entwickeln, die die Ausbreitung bzw. Eindämmung des Rechtsextremismus besonders gut erklärt. (Wir erwarten wenigstens einen starken Zusammenhang beider Variablen mit Rechtsextremismus.) Dabei wollen wir uns nicht mit einer rein statistischen Vorgehensweise zufrieden geben. Wenn beide Variablen als miteinander korrespondierende und damit eben auch vergleichbare **Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus** gelten sollen, sollten sie sowohl theoretisch begründbar als auch nach demselben Prinzip konstruiert sein, also auch dieselben Einstellungsdimensionen umfassen. Und sie sollen Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände berücksichtigen.

Bei der inhaltlichen Charakterisierung der Abwehrorientierungen haben wir die demokratische Komponente als besonders wichtig identifiziert. Hinsichtlich der **Persönlichkeitseigenschaften** handelt es sich um das subjektive politische Kompetenzgefühl bzw. um das politische Selbstbewusstsein (EFFIINT), das auf politische Interventionsbereitschaft verweist, weiterhin um liber-täre **Wertorientierungen** (LIB), womit demokratisch-partizipatorische und anti-autoritäre Bestrebungen angesprochen sind, und schließlich um **demokratische Einstellungen** (DEMOK), die auf normative Demokratiekonzepte zielen.

Dass es sich beim Rechtsextremismus um eine antidemokratische Weltanschauung handelt, bedarf wohl keiner weiteren Begründung¹⁰⁰. Demokratische Orientierungen sollten daher maßgeblich zur Eindämmung des Rechtsextremismus beitragen. Für die Mikroebene signalisieren die Abwehrorientierungen drei verschiedene Dimensionen: Persönlichkeit, Werte und Einstellungen zur Demokratie. Diese Mehrdimensionalität rechtfertigt es, von **demokratischen Überzeugungen** zu sprechen. Wenn wir demokratische Überzeugungen als den Schlüsselprädiktor für die Eindämmung von Rechtsextremismus herausstellen, dann bleiben zwei Abwehrorientierungen unberücksichtigt: die Rechts-Links-Selbsteinstufung (RELI) und das gewerkschaftliche Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung" (GBSIV). GBSIV wird man als gewerkschaftsspezifische Variable nicht in einen Schlüsselprädiktor für Rechtsextremismus inkorporieren wollen. (Bei den weiteren Analysen unseres Projekts wird dieses Handlungskonzept allerdings uneingeschränkte Beachtung finden.) Und RELI bzw. LIRE steht inhaltlich nicht notwendigerweise für demokratische Überzeugungen.

Der Katalog der **Anziehungsorientierungen** ist umfassender und weniger übersichtlich. Das herausragende **Persönlichkeitsmerkmal** ist ASKO, womit autoritäre Dispositionen gemessen werden sollen. Bei der damit zusammenhängenden **Wertorientierung** handelt es sich um den Grundwert "Autoritarismus" (AUT), und als entsprechende **Einstellungen in Bezug auf die Demokratie** kann ein restriktives Demokratieverständnis (DEMOR) gelten.

Dass Rechtsextremisten durch eine autoritäre Mentalität geprägt sind, ist ebenfalls bekannt und unstrittig. Da auch in diesem Fall die drei Dimensionen Persönlichkeit, Werte und Einstellungen zur Demokratie gegeben sind, sprechen wir analog zu den demokratischen Überzeugungen von **autoritären Überzeugungen**. Wegen der (beabsichtigten) symmetrischen Konstruktion der beiden Schlüsselprädiktoren bleiben allerdings wesentliche Anziehungsorientierungen unberücksichtigt. Dabei handelt es sich vor allem um ein traditionalistisches Sozialismusverständnis sowie um die diversen Unzufriedenheiten. Wenn wir demokratische und autoritäre Überzeugungen als Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus besonders hervorheben, dann bedeutet das nicht, dass die übrigen Anziehungs- bzw. Abwehrorientierungen aus den Analysen ausgeklammert werden.

100 Ausführlich Richard Stöss: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 368, Bonn 2000, S. 101-130 (Buchhandelsausg. Leske + Budrich).

Die nachstehende Übersicht enthält zusammenfassend die Konstruktionsphilosophie der beiden Schlüsselprädiktoren:

	demokratische Überzeugungen (DEMUEB)	autoritäre Überzeugungen (AUTUEB)
Persönlichkeit	EFFIINT	ASKO
Wertorientierungen	LIB	AUT
Einstellungen zur Demokratie	DEMOK	DEMOR

Die Variable **demokratische Überzeugungen (DEMUEB)** stellt einen Index dar, der additiv aus EFFIINT, LIB und DEMOK gebildet wurde. Er umfasst die Werte Eins ("niedrig") bis 13 ("hoch") und wurde als Tabellenversion **DEMUEB3** auf drei Ausprägungen ("schwach", "mittel", "stark") reduziert. Der Index **autoritäre Überzeugungen (AUTUEB)** wurde additiv aus ASKO, AUT und DEMOR gebildet. Er umfasst die Werte 1 ("niedrig") bis 34 ("hoch") und wurde für Tabellenzwecke (**AUTUEB3**) ebenfalls zu drei Ausprägungen zusammengefasst ("schwach", "mittel", "stark").

DEMUEB3	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
schwach	36	34	42	40	40	43	39
mittel	39	39	39	39	38	42	39
stark	25	27	19	21	22	15	22
Mittel DEMUEB	6,7	6,8	6,2	6,4	6,5	6,0	6,0

schwach: Werte 1 bis 5.
 mittel: Werte 6 bis 8.
 stark: Werte 9 bis 13.
 Mittel: arithmetisches Mittel des Index "demokratische Überzeugungen".

Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder unterscheiden sich kaum in Bezug auf autoritäre, sehr wohl aber hinsichtlich demokratischer Überzeugungen: Organisierte verfügen häufiger über eine demokratisch geprägte Mentalität als Unorganisierte. Die Marge für die Spiegelbildthese wird zwar getrennt für West- und Ostdeutschland, nicht aber für Deutschland insgesamt überwunden. In beiden Fällen besteht ein deutlicher Ost-West-Gegensatz: Das Bewusstsein der Ostdeutschen ist autoritärer strukturiert als das der Westdeutschen, das der Westdeutschen demokratischer als das der Ostdeutschen.

AUTUEB3	Mitglieder			Nicht-Mitglieder			Alle Befr.
	Alle	West	Ost	Alle	West	Ost	
schwach	27	30	17	26	28	18	27
mittel	48	47	49	48	49	46	48
stark	25	23	34	26	23	36	25
Mittel AUTUEB	18,7	18,4	20,2	19,0	18,6	20,3	18,9

schwach: Werte 1 bis 15.

mittel: Werte 16 bis 22.

stark: Werte 23 bis 34.

Mittel: arithmetisches Mittel des Index "autoritäre Überzeugungen".

Von besonderem Interesse sind allerdings die Zusammenhänge mit Rechtsextremismus¹⁰¹: Demokratische Überzeugungen korrelieren stärker negativ mit REXL ($r = -0,403$) als alle anderen Abwehrorientierungen, und autoritäre Überzeugungen korrelieren stärker positiv mit REXL ($r = 0,534$) als alle anderen Anziehungsorientierungen. Wir haben es also - wie gefordert - mit (sehr) starken Zusammenhängen zu tun, womit die Charakterisierung beider Variablen als Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus gerechtfertigt sein dürfte. Der Gegensatz¹⁰² von demokratischen und autoritären Dispositionen erweist sich für die Analyse von Rechtsextremismus offenbar als durchaus fruchtbar. Jedenfalls können wir bestätigen, **dass eine "demokratische Persönlichkeit" Rechtsextremismus bzw. rechtsgerichtete Einstellungen eher abwehrt, eine "autoritäre Persönlichkeit" dagegen eher anfällig für Rechtsextremismus ist**. Dabei beeinflusst AUTUEB Rechtsextremismus wesentlich stärker als DEMUEB. Dies gilt für Organisierte und Unorganisierte.

Mit den beiden Schlüsselprädiktoren wurden erneut Regressionsschätzungen für alle unabhängigen Variablen durchgeführt. Mit Blick auf die Erklärungskraft, die jeweilige Stärke des Einflusses (Beta-Werte¹⁰³) und die Bedeutung jedes Prädiktors für die Untersuchungsgruppen haben sich nun folgende Variablen als besonders bedeutsam für die Analyse des Rechtsextremismus herausgestellt (unabhängig davon, ob sie eher zu seiner Eindämmung oder zu seiner Ausbreitung beitragen):

101 Siehe Anhang 106.

102 Beide Variablen sind stark negativ miteinander assoziiert: $r = -0,491$.

103 Der Beta-Koeffizient misst den standardisierten Effekt einer unabhängigen Variable auf eine abhängige Variable. Die Werte werden hier nicht in Einzelnen berichtet.

- AUTUEB
- DEMUEB
- TRADSOZ
- GBSIV
- RELI

Die fünf Variablen klären exakt die Hälfte der Varianz von REXL auf, bei den Ost-Gewerkschaftern sind es 40 Prozent, bei den Nicht-Mitgliedern im Westen 52 Prozent¹⁰⁴. Am wirkungsmächtigsten erweisen sich altsozialistische Einstellungen, bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, in West und Ost (Ausnahme: Unorganisierte im Osten). Den geringsten Einfluss haben ausnahmslos demokratische Orientierungen.

Dass traditionalistischer Sozialismus einen so großen Einfluss auf Rechtsextremismus ausübt, hat folgende Gründe: TRADSOZ ist der einzige Prädiktor, der (schwach bis mittel positiv) mit den Unzufriedenheitsvariablen korreliert (daher ist keine davon in der Liste der fünf maßgeblichen Prädiktoren enthalten). Altsozialistische Einstellungen verbinden sich aber nicht nur mit Unzufriedenheit, sondern auch (schwach positiv) mit sozialer Gerechtigkeit und (schwach negativ) mit Marktfreiheit sowie (ziemlich stark positiv) mit dem gewerkschaftlichen Handlungskonzept "Gegenmachtbildung". Schließlich besteht eine (schwach positive) Beziehung zu AUTUEB¹⁰⁵.

Dass **TRADSOZ** schwach mit autoritären Überzeugungen korreliert, liegt nicht etwa daran, dass die Befürwortung eines altsozialistischen Weltbildes besonders von autoritären Persönlichkeitsmerkmalen oder von autoritären Wertorientierungen abhängt. Beides trifft nicht zu. Traditionsozialisten neigen viel mehr zu restriktiven Demokratievorstellungen. TRADSOZ hängt auch nicht von der Selbsteinstufung auf der Rechts-Links-Skala ab. **Traditionsozialismus steht also - jenseits von Rechts und Links - für Kapitalismuskritik, Gegnerschaft zum Neoliberalismus, für Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen schlechthin und schließlich für soziale Gerechtigkeit.** Abgesehen von den inkorporierten Variablen korreliert **DEMUEB** nur (und wenig verwunderlich) negativ mit politischer Apathie (POLAPA). **AUTUEB** korreliert positiv mit TRADSOZ und negativ mit dem gewerkschaftlichen Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung" (GBSIV). **RELI** korreliert allenfalls sehr schwach, zumeist aber gar nicht mit den Prädiktoren für Rechtsextremismus, und **GBSIV** hängt negativ mit einem

104 Siehe Anhang 108.

105 Die Werte finden sich im Anhang 107.

restriktiven Demokratieverständnis (DEMOR), positiv mit Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften (GEWINT) und wiederum negativ mit AUTUEB zusammen.

Zeigen sich im Detail auch gewisse Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, so bleibt doch festzuhalten, dass Rechtsextremismus neben den beiden Schlüsselprädiktoren (autoritäre und demokratische Überzeugungen) vor allem durch altsozialistische Vorstellungen, die Rechts-Links-Selbsteinstufung und durch das gewerkschaftliche Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung" beeinflusst wird.

Um die Bedeutung der fünf Prädiktoren für Rechtsextremismus auch hinsichtlich der Einstellungspotenziale anschaulich darzustellen, haben wir mittels des SPSS-Moduls "AnswerTree" eine Entscheidungsbaum-Analyse¹⁰⁶ durchgeführt. Dabei handelt es sich um ein Data-Mining-Programm, das Muster in den Beziehungen von unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variable errechnet. Der Übersichtlichkeit halber haben wir die Prädiktoren zu Dummies (0 = nein, 1 = ja) recodiert. Lediglich bei RELI hat sich herausgestellt, dass eine Dreierlösung bessere Ergebnisse zeitigt. RELI wurde so recodiert: 1 = Links, 2 = Mitte/Links-Mitte/Rechts, 3 = Rechts. Abhängige Variable ist REXLPOT (das mit REXL gemessene rechtsextreme Einstellungspotenzial).

Der Entscheidungsbaum kann hier aus Platzgründen nicht abgedruckt werden. Er enthält immerhin 26 Knotenpunkte. Die nachfolgende Übersicht enthält die markantesten Ergebnisse der Analyse:

Als trennstärkste Variable erweist sich nun AUTUEB, es folgen TRADSOZ, RELI, DEMUEB und GBSIV. Auf der ersten Stufe wird nur AUTUEB betrachtet. Der Anteil der Rechtsextremisten an Befragten mit autoritären Überzeugungen beträgt 47 Prozent. Befragte ohne autoritäre Überzeugungen sind zu 13 Prozent rechtsextrem eingestellt. Die Befragten, die zugleich autoritär überzeugt und altsozialistisch eingestellt sind, weisen einen Rechtsextremismusanteil von 64 Prozent auf. Wenn in dieser Gruppe nur die Personen betrachtet werden, die sich selbst rechts einstufen, dann wächst das rechtsextreme Einstellungspotenzial auf 86 Prozent. Die weitere

106 "Das Modul AnswerTree teilt eine Population anhand von Vorhersagevariablen (Prädiktoren) in verschiedene Teilpopulationen (Segmente) ein, so dass eine abhängige Variable in den verschiedenen Segmenten signifikant unterschiedliche Ausprägungen hat. Die einzelnen Segmente können dann bezüglich des Grades dieser Ausprägungen in eine Reihenfolge gebracht werden. Das wichtigste Hilfsmittel hierzu ist die Darstellung in so genannten Baumdiagrammen. Anhand des Entscheidungsbaumes ist auch erkennbar, welche Vorhersagevariablen einen starken oder auch gar keinen Einfluss auf die abhängige Variable besitzen." Achim Bühl/Peter Zöfel: Erweiterte Datenanalyse mit SPSS. Statistik und Data Mining, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 13.

Aufgliederung nach DEMUEB und GBSIV führt nicht zu einer signifikanten Verringerung des Rechtsextremismus.

Entsprechend ist der untere Teil der Übersicht zu lesen: Befragte ohne autoritäre Überzeugungen und ohne traditionssozialistische Einstellungen, die sich selbst links einstufen und über demokratische Überzeugungen verfügen, sind gerade einmal zu einem Prozent anfällig für Rechtsextremismus.

AUTUEB	TRADSOZ	RELI	DEMUEB	Anteil REXLPOT
Ja	Ja	Rechts		85,5
Ja	Ja			63,9
Ja				47,3
<hr/>				
Nein				13,3
Nein	Nein			9,2
Nein	Nein	Links		3,9
Nein	Nein	Links	Ja	0,7

Unsere fünf Prädiktoren für Rechtsextremismus erklären also eine Potenzialspannweite von einem bis 86 Prozent. Dazu wird GBSIV nicht einmal benötigt. Dass mit wachsenden bzw. sinkenden Rechtsextremismusanteilen auch die Gruppengrößen abschnmelzen, versteht sich von selbst. Die Gruppe mit einem Rechtsextremismusanteil von 86 Prozent besteht aus 59 Befragten, die mit einem Rechtsextremismusanteil von einem Prozent aus einer einzigen Person.

6. Ergebnis

In diesem Kapitel werden zunächst die unabhängigen Variablen aus dem Bereich der sozio-politischen Orientierungen vorgestellt. Sie bilden - neben den sozio-ökonomischen Merkmalen der Befragten - die Prädiktoren, mit denen Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern erklärt werden soll. Sodann wird die allgemeine Spiegelbildthese überprüft. Anschließend werden die Prädiktoren danach unterschieden, ob sie Rechtsextremismus eher anziehen, eher abwehren oder ob sie keinen Einfluss auf Rechtsextremismus ausüben. Danach wird die Erklärungskraft der Prädiktoren ermittelt. Abschließend stellen wir zwei Schlüsselprädiktoren vor, die Rechtsextremismus besonders gut erklären.

Unsere Ergebnisse bezüglich der **allgemeinen Spiegelbildthese** sind zwar uneinheitlich, tragen in der Tendenz allerdings eher zu ihrer Bestätigung bei - jedenfalls für die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt. Die Untersuchungen zu den grundlegenden politischen Wertorientierungen der Gewerkschaftsmitglieder belegen, dass unsere Ausgangsvermutung (Mitglieder sind kein Spiegelbild der Gesellschaft) nicht vollkommen abwegig war: Im zweidimensionalen Werteraum besteht ein großer Abstand zwischen den Positionen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Genau besehen unterscheiden sich Organisierte und Unorganisierte aber nur hinsichtlich ihrer Lage auf der ökonomisch-sozialen Konfliktachse (Organisierte sind wesentlich sozialer und weniger neoliberal orientiert als Unorganisierte), nicht aber hinsichtlich ihrer Lage auf der politischen Konfliktachse. Die Verbreitung des Rechtsextremismus folgt jedoch nicht dem ökonomisch-sozialen Wertekonflikt sondern dem politischen Wertekonflikt, wo keine (nennenswerte) Differenz zwischen Organisierten und Unorganisierten besteht. Und daher unterscheiden sie sich auch nicht hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus.

Wenn aber nicht nur Wertorientierungen sondern alle von uns erhobenen sozio-politischen Orientierungen berücksichtigt werden, weichen Gewerkschaftsmitglieder nicht wesentlich von den Nicht-Mitgliedern ab. Allerdings wurden acht **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** (GSPO-Variablen) ermittelt, auf die die Spiegelbildthese nicht zutrifft, bei denen also eine deutliche Differenz (20-Prozent-Marge) zwischen Organisierten und Unorganisierten besteht:

- Gewerkschaftsmitglieder stufen sich linker ein als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder sprechen sich häufiger für den Grundwert "soziale Gerechtigkeit" aus als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder neigen seltener zu neoliberalen Orientierungen als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder sehen ihre Interessen von den Gewerkschaften besser vertreten als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder vertrauen den Gewerkschaften mehr als Unorganisierte.
- Gewerkschaftsmitglieder befürworten mehr als Nicht-Mitglieder das Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung".
- Gewerkschaftsmitglieder sind mit ihrem Berufsleben unzufriedener als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder neigen seltener zu politischer Apathie als Unorganisierte.

Auffällig ist der starke **Ost-West-Unterschied** bei nahezu allen sozio-politischen Orientierungen: Die Orientierungen, die den Nährboden für Rechtsextremismus bilden, sind in Ostdeutschland wesentlich häufiger anzutreffen als in Westdeutschland. Dies trägt zur Erklärung bei, wa-

rum die Ostdeutschen im Schnitt anderthalb Mal so anfällig für Rechtsextremismus sind wie die Westdeutschen.

Zur **Wirkungsrichtung der Prädiktoren** (Befragte insgesamt):

Folgende Orientierungen begünstigen die Entstehung bzw. Ausbreitung von Rechtsextremismus (**Anziehungsorientierungen**):

- ein traditionalistisches Sozialismusbild;
- autoritäre Persönlichkeitseigenschaften (ASKO);
- ein restriktives Demokratieverständnis;
- Befürwortung des Grundwerts "Autoritarismus";
- Unzufriedenheit;
- politische Apathie;
- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "Gegenmachtbildung";
- Globalisierungskritik;
- Leistungsorientierung;
- Arbeitsunzufriedenheit.

Folgende Orientierungen behindern die Entstehung bzw. Ausbreitung von Rechtsextremismus (**Abwehrorientierungen**):

- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung";
- demokratische Orientierungen;
- Zufriedenheit mit der Demokratie als System;
- ein linksgerichtetes politisches Selbstverständnis;
- politisches Selbstbewusstsein;
- Befürwortung des Grundwerts "Libertarismus".

Ohne Auswirkungen auf Rechtsextremismus sind folgende Variablen (**neutrale Orientierungen**):

- Vertrauen in Gewerkschaften;
- Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften;
- Befürwortung des Grundwerts "soziale Gerechtigkeit";
- Befürwortung des Grundwerts "Marktfreiheit";

- Zustimmung zum gewerkschaftlichen Handlungskonzept "Gegenmachtbildung" (nur bei Organisierten).

Die für Gewerkschaftsmitglieder typischen Orientierungen (GSPO-Variablen) wirken nur ausnahmsweise Rechtsextremismus entgegen, bilden also kein Bollwerk gegen rechtsextreme Einflüsse.

Die **Erklärungskraft aller Prädiktoren** für Rechtsextremismus (REXL) beträgt knapp 60 Prozent. Dabei haben sich folgende 14 Variablen als besonders einflussreich erwiesen:

- autoritäre Persönlichkeit (ASKO),
- traditionalistischer Sozialismus,
- Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung",
- Rechts-Links-Selbsteinstufung,
- wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit,
- restriktives Demokratieverständnis,
- Grundwert "Autoritarismus",
- Leistungsorientierung,
- politische Apathie,
- Globalisierungskritik,
- demokratische Orientierungen,
- Zufriedenheit mit der Demokratie als System,
- Grundwert "Libertarismus",
- politisches Selbstbewusstsein.

Die theoretisch begründete Unterscheidung zwischen Persönlichkeitseigenschaften und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände hat sich empirisch als wenig hilfreich erwiesen. Auch die Subsummierung der Werte unter die Persönlichkeitseigenschaften zeitigt keine relevanten Einsichten. Bei der Bildung der **Schlüsselprädiktoren** haben wir dieses Schema bewusst überwunden: Aus den besonders bedeutsamen Erklärungsfaktoren wurden zwei Prädiktoren destilliert, die als übergreifende Indizes jeweils folgende drei Dimensionen einschließen: Persönlichkeit, Werte und Einstellungen zur Demokratie. Bei den Schlüsselprädiktoren handelt es sich um:

- **demokratische Überzeugungen** und um
- **autoritäre Überzeugungen.**

Grob gesagt immunisiert eine "demokratische Persönlichkeit" gegen Rechtsextremismus während eine "autoritäre Persönlichkeit" anfällig für Rechtsextremismus ist.

Die Spiegelbildthese gilt zwar für autoritäre, nicht aber für demokratische Überzeugungen. Gewerkschaftsmitglieder sind also besonders demokratisch konstituiert und insoweit vergleichsweise selten empfänglich für rechtsextreme Angebote. Sie sind aber zugleich genauso stark autoritär disponiert wie Unorganisierte und insoweit eben auch tendenziell genauso anfällig für Rechtsextremismus wie diese.

Autoritäre und demokratische Überzeugungen heben sich in ihrer Wirkung gegenseitig nicht auf. Autoritäre Überzeugungen korrelieren nämlich etwas stärker mit Rechtsextremismus (REXL) als demokratische Überzeugungen, bei Organisierten und Unorganisierten. Die Tendenz zur Abwehr ist mithin etwas geringer als die zur Akzeptanz von Rechtsextremismus.

Unter Berücksichtigung und Einschluss der beiden Schlüsselprädiktoren lassen sich die genannten 14 besonders einflussreichen Prädiktoren auf folgende fünf reduzieren:

- autoritäre Überzeugungen,
- demokratische Überzeugungen.
- traditionalistischer Sozialismus,
- gewerkschaftliches Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung" und
- Rechts-Links-Selbsteinstufung.

Diese fünf Prädiktoren erklären die Hälfte der Varianz von Rechtsextremismus (REXL). In dieser Konstellation ist traditionalistischer Sozialismus besonders einflussreich, der Effekt von demokratischen Überzeugungen dagegen vergleichsweise gering. Dies gilt für Organisierte und Unorganisierte, für Ostdeutsche und Westdeutsche.

Insgesamt lautet die Bilanz in Bezug auf die sozio-politischen Orientierungen, dass sich im Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern überwiegend die allgemeine Spiegelbildthese bestätigt hat. Auch hinsichtlich der Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus konnten keine wirklichen Unterschiede zwischen Organisierten und Unorganisierten ermittelt werden.